

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 211.

Freitag, den 9. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Der Entwicklungsgang des deutschen Liberalismus.

In den Auseinandersetzungen, die durch die Budgetbewilligung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden entzündet wurden, spielen die Beziehungen der Sozialdemokratie zu den liberalen Parteien eine Hauptrolle. Der leitende Gedanke jener gegen die Parteibeschlüsse stehenden badischen Genossen ist der, daß wir unser Verhältnis zu den liberalen Parteien einer Revision unterziehen müssen, um zu einem direkten Bündnis mit ihnen — Großblock ist der Name dafür — zu gelangen. Nur auf diese Weise lasse sich für die Sozialdemokratie in Deutschland etwas erreichen, das sei die wahrhaft positive und praktische Politik. Zur Unterstützung dieser Argumente wird geltend gemacht, daß die liberalen Parteien selbst zu einer kräftigeren Betätigung ihrer liberalen Grundsätze zurückgekehrt sind.

Zur Wertung der Großblockforderung ist es ratsam, das Wesen der liberalen Parteien einer Prüfung zu unterziehen. In der liberalen Presse wird gewöhnlich die landläufige Vorstellung kultiviert, als ob die liberalen Parteien ihren Ursprung einer allgemeinen Freiheitsideologie verdanken. Daß sie diesen Idealen keineswegs treu geblieben sind, wird als eine Verirrung betrachtet, die durch Selbstbesinnung, jeberzeit repariert werden kann. Dabei wird die Wirkung mit der Ursache verwechselt. Es wurde bei anderen Gelegenheiten bereits darauf hingewiesen, daß wirtschaftliche Ursachen und soziale Konflikte die liberale Partei in Deutschland wie in anderen Ländern als die Klassenpartei des Bürgertums zur Durchkämpfung kapitalistischer gegenüber feudalen Staats- und Gesellschaftsrichtungen im Leben riefen. Da es sich dabei zunächst um die Sprengung überlebter und verkümmelter Formen, um die Entfesselung individueller Kräfte zur ungehemmten wirtschaftlichen Betätigung handelte, mußten in der Ideologie dieser Bewegung freiheitliche Forderungen in den Vordergrund treten. Da ferner zu der Zeit, als sich in Deutschland die Klassenpartei des Bürgertums bildete, also in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, ein Industrieproletariat erst in der Entstehung begriffen war und es in seinen Anfängen ohnedien noch vielfach gemeinsame Interessen mit dem kapitalistischen Bürgertum wie mit dem Kleinbürgertum gegenüber den feudalen Klassen und der Bürokratie zu verfechten hatte, konnte die entstehende liberale Partei sich der Illusion hingeben, daß sie die Interessen des „Volkes“, das heißt der großen Masse der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüber den feudalen-bürokratischen Herrschaftsorganisationen vertrete. In der Ausdrucksweise, die sich aus dieser Auffassung ergab, bewegten sich auch jetzt noch mit Vorliebe die Wortführer der liberalen bürgerlichen Parteien in den Parlamenten und der Presse.

Auch der Schein einer Berechtigung dafür ist jedoch längst geschwunden. Die Kämpfe des Jahres 1848 waren zunächst noch gemeinsam geführt worden vom Bürgertum und Proletariat. Sie führten aber bald zur Differenzierung der sozialen Klassenforderungen und zur Entwicklung einer selbständigen proletarischen Bewegung. Gemeinsam blieben den Klassenparteien des Bürgertums und des Proletariats jedoch noch das Streben nach Befreiung des Individuums vom junkerlichen und bürokratischen Druck und der kümmerlichen Kleinstaaterei. Doch schon an die Demokratisierung des Staatswesens traute sich das Bürgertum in den fünfziger und sechziger Jahren nicht mehr rückhaltlos heran. Immerhin war das liberale Bürgertum bis in die Mitte der sechziger Jahre in Deutschland durchweg oppositionell gestimmt. In der Konfliktzeit suchte der preußische Liberalismus sogar ernstlich dem Militarismus Abbruch zu tun, obgleich er vor allen revolutionären oder auch nur revolutionär scheinenden Schritten zurückschreckte und so mit leichter Mühe von der reaktionären preussischen Regierung beiseite geschoben wurde.

Dann kam der Umschwung in der Haltung des liberalen Bürgertums infolge der Siege auf den böhmischen Schlachtfeldern. Bismarck war klug genug, die wichtigsten Klassenforderungen des kapitalistischen Bürgertums sich zu eigen zu machen: die wirtschaftliche Einigung Deutschlands zunächst, aber auch die politische, soweit sie verträglich ist mit der Selbstherrlichkeit der Bürokratie in den Einzelstaaten. Gesichert wurde auch die Bewegungsfreiheit der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter, beiden notwendig für die Förderung der kapitalistischen Entwicklung. So, sogar das Allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, die Errungenschaft des Jahres 1848, mußte, um die weißen Volksmassen, die Arbeiter und Kleinbürger, für die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse zu gewinnen, wieder ins Leben gerufen werden, zunächst für den Norddeutschen und, später für das Deutsche Reich. Bei diesem ersten

Umschwung zur Demokratisierung Deutschlands ist es aber auch geblieben. Wohl in verschiedenen Kleinstaaten, nicht aber in Preußen ist man darüber hinausgekommen. Den vollen bürokratischen Charakter hat aber auch in den „Kleinstaaten“ die Staatsverwaltung bewahrt. Hätte das liberale Bürgertum in jener kritischen Periode Haare auf den Zähnen gehabt und wirklich Ernst gemacht mit seinen ideologischen Forderungen, so hätte weit mehr errungen werden können für die freiheitliche Ausgestaltung des staatlichen Lebens in Deutschland. Aber gerade darin, daß die neugegründete und im Reichstag ausschlaggebende nationalliberale Partei sich im wesentlichen mit der Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Forderungen des Bürgertums begnügte, prägte sich der bürgerliche Klassencharakter dieser Partei sinnfällig aus.

Man kann den politischen Prozeß, der sich damals in Deutschland vollzog, als ein Kompromiß zwischen dem kapitalistischen Bürgertum und der junkerlich-bürokratischen Herrschaftsorganisation bezeichnen. Dem Bürgertum wurden seine wirtschaftlichen Forderungen zur Durchsetzung der kapitalistischen Entwicklung vollumfänglich bewilligt; dagegen verzichtete es auf den Versuch, dem parlamentarischen Regierungssystem und der bürgerlichen Selbstverwaltung zum Durchbruch zu verhelfen. Der junkerlich-bürokratische Herrschaftsorganismus blieb unangestastet. Er wurde in seinem Bestande und in seiner Wirksamkeit vielmehr noch unterstützt und gekräftigt durch das militärisch gewordene Bürgertum, dem die Angst vor der Sozialdemokratie bereits in die Glieder gefahren war und das deshalb in einem starken Heer und einer rückwärtslosen Bürokratie einen Schutzwall gegen den Sozialismus erblickte.

Es braucht hier nicht erneut dargestellt zu werden, wie Schritt für Schritt die Politik dieser antisozialistischen, prokapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsorganisation immer freiheitsfeindlicher wurde, und wie gleichzeitig das Sozialistengesetz und die Schutzpolitik die große Masse des liberalen Bürgertums auch mit den Interessenten des Agrarkapitals, den Konservativen, zu einer Interessengemeinschaft verflocht.

Auch der letzte Rest des liberalen Bürgertums, der sich anfangs noch der Regierungskoalition wegen der liberalen und schutzöllnerischen Politik oppositionell gegenübergestellt hatte, machte in der Ära Bülow seinen Frieden mit dem Militarismus und der junkerlich-bürokratischen Herrschaftsorganisation. Den Anstoß dazu gab der im Bürgertum entfachte imperialistische Drang, fremde Länder und Völker mit staatlichen Gewaltmitteln durch eine sogenannte Kolonialpolitik auszubeuten. Bei dieser Gelegenheit wurde vorübergehend die an sich konservativ gerichtete Zentrumspartei in eine Oppositionsstellung gegen die neue konservativ-liberale Regierungskoalition gedrängt. Denn das Charakteristischste für den „entschiedenen“ Liberalismus bei diesen Vorgängen war, daß er an Bewilligungsfreudigkeit für imperialistische Zwecke sowohl wie an Preisgebung parlamentarischer Rechte die Zentrumspartei noch übertrumpfte, um sich durch die Gunst der maßgebenden Junkerpartei und der amtierenden Bürokratie wieder auf die Strimpfe bringen zu lassen.

Mit diesen Vorgängen der Bülow-Ära war der Umformungsprozeß des deutschen bürgerlichen Liberalismus aus einer Partei der staatsrechtlichen Opposition gegen das bürokratisch-junkerlich-militaristische Regierungssystem zu einer Schutztruppe dieses Systems zum Abschluß gekommen. Die Schwenkung, die 1866 das Gros des liberalen Bürgertums als nationalliberale Partei vollzog, ist vierzig Jahre später nachgehmt worden von denjenigen liberalen Gruppen, deren wirtschaftliche Grundlage zum Teil in den noch nicht ins reaktionäre Lager abgeschwenkten Resten des Kleinbürgertums, zum Teil in den Interessenten des Handelskapitals zu suchen ist. Ein prinzipieller Unterschied zwischen den Nationalliberalen und der neugeformten Fortschrittlichen Volkspartei besteht heute nicht mehr. Nur taktische Fragen bilden noch eine wesentliche Trennungslinie zwischen den beiden Parteien des deutschen Liberalismus. Hauptächlich die Stellungnahme zu den Zollfragen hält sie noch auseinander. Die Nationalliberalen als Vertreter des Industriekapitals, zum Teil auch sich stützend auf klein- und mittelbäuerliche Elemente, sind Anhänger, wie sie Mitbegründer des Schutzzollsystems waren. Die Fortschrittliche Volkspartei ist freihändlerisch gerichtet, obgleich auch in ihren Reihen schon Elemente wirksam sind, die schutzöllnerische Ansichten vertreten, oder doch auf die Anerkennung des Status quo hinarbeiten.

Staatsrechtlich oppositionell ist, wenn man von den nationalen und partikularistischen Sondergruppen absteht, in Deutschland heute keine einzige bürgerliche Partei. Nur die Sozialdemokratie vertritt in engem Zusammenhang mit ihren sozialistischen Forderungen unbedingt die angeblich gleichfalls der liberalen Ideologie angehörenden Forderungen der Demokratisierung unseres Staatswesens in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde.

Gibt es nun trotzdem in der gegenwärtigen Situation Möglichkeiten des Zusammengehens der Sozialdemokratie mit den Parteien des bürgerlichen Liberalismus? Wirken wirtschaftliche und politische Ursachen auf ein solches Zusammengehen hin?

Dies soll in einem folgenden Artikel beantwortet werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Hansabund und Mittelstand.

Der Hansabund beabsichtigt, eine besondere Abteilung einzurichten, der die Fürsorge für die Interessen des Mittelstandes übertragen werden soll. Auf der Tagung der Mittelstandsvereinigung hat der Hansabund allerdings nicht gerade günstig abgeschnitten, vielmehr fand der Direktor des Hansabundes den lebhaftesten Widerspruch der Versammlung. Die genannte Tagung ließ gar keinen Zweifel darüber übrig, daß man dem Hansabund durchaus kein Vertrauen entgegenbringe. Wenn nun trotzdem der Hansabund eine besondere Abteilung für den Mittelstand gründet, so will er das Interesse des Mittelstandes am Hansabund damit beweisen, daß behauptet wird, weit über 500 Handwerker hätten sich zu der Studienreise nach Brüssel gemeldet, deren Kosten ganz wesentlich vom Hansabund getragen werden. Das ist nun allerdings kein Beweis für die Notwendigkeit einer Mittelstandsabteilung beim Hansabund. Es hätte wahrscheinlich nicht allzuviel Mühe gekostet, eine noch weit größere Anzahl von Handwerkern zu finden, die bereit gewesen wären, eine angenehme Reise auf Kosten des Hansabundes zu machen. Deshalb unterzieht sich der Hansabund auch der Mühe, für sein neuestes Unternehmen der Öffentlichkeit gegenüber Gründe anzugeben. Es wird nämlich betont, daß auf der Tagung der Mittelstandsvereinigung weder ein Programmpunkt oder ein Bericht des Hansabunddirektors Knobloch als verfehlt zurückgewiesen worden wäre. Man habe dort auch den aufrichtigsten Willen des Vertreters des Hansabundes nicht im geringsten angezweifelt.

Die Behauptung steht allerdings mit den Tatsachen in einem ziemlichem Widerspruch, denn der Hansabunddirektor Knobloch hat in der bereits erwähnten Versammlung seine zweite Rede, die er dort hielt, damit eingeleitet, daß er sein Erscheinen über die Auslegung seiner ersten Rede und über die Haltung der Versammlung mit größter Deutlichkeit ausdrückt. Man hatte sogar unterlassen, irgend eine Entschließung zu fassen, weil sich die Arrangements der ganzen Sache völlig darüber klar waren, daß eine hansabundfreundliche Resolution keine Aussicht auf Annahme gehabt hätte. Der Hansabund braucht den Mittelstand als Vorpann bei den kommenden Reichstagswahlen, deshalb stürzt er sich in solche Unkosten, die ihm von den Mittelständlern selbst schließlich am wenigstens gedankt werden.

Die unpraktische Reichserbschaftsteuer.

Die „Post“ stellt Betrachtungen an über den von mehreren Seiten gemachten Vorschlag, noch diesen Winter im Reichstag eine Reichserbschaftsteuer durchzudrücken. Die Befürworter dieses Vorschlages wollen damit belästigend auf die Wählermassen einwirken. Die „Post“ glaubt an diese Wirkung nicht, sie meint, daß selbst, wenn eine solche Vorlage noch angenommen würde, kaum auf eine Minderung der allgemeinen Unzufriedenheit gehofft werden könne. Deshalb gehöre eine Reichserbschaftsteuer zurzeit nicht zu den praktischen Tagesfragen.

Zündwaren und Leuchtmittel.

In den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs wird zum erstenmal eine Statistik der Herstellung und Besteuerung von Zündwaren und Leuchtmitteln im deutschen Zollgebiet, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910, veröffentlicht. Es waren 74 Betriebe vorhanden, welche zusammen durchschnittlich 2188 männliche und 2660 weibliche Arbeiter beschäftigten.

An Zündhölzern wurden 47 941 Millionen Stück, an Zündspäncchen 295 Millionen Stück hergestellt. Vom Auslande wurden 109 Millionen Stück Zündhölzer und 3 Millionen Stück Zündkerzen eingeführt. Der Ertrag an Zündwarensteuer ergab für Zündhölzer 7 068 771 Mk., für Zündkerzen 10 237 Mk., insgesamt 7 079 008 Mk. für die sechs Monate.

Für die Fabrikation von Leuchtmitteln waren 175 Betriebe vorhanden, in denen 13 994 323 Kohlenfaden-Glühlampen, 17 828 730 Metallfaden-Glühlampen, 253 456 Reinstbrenner, 4541 Brenner zu Quecksilberdampf-Lampen, 61 380 188 Stück Glühkörper für Gaslampen, sowie 4 360 015 Kilogramm Brennstoffe für Bogenlampen aus Reinkohle und 1 032 972 Kilo-

gramm Brennstoffe für Vogenlampen, mit Leuchtzusätzen hergestellt wurden. Vom Anstapoe wurden eingeführt 566 115 Kohlenfaden- und 141 407 Metallfaden-Glühlampen, 418 Kernbrenner, 79 Brenner zu Quecksilberdampf-Lampen, 20 784 Glühlampen für Gaslampen, 11 751 Kilogramm (darunter 2111 Kilogramm Rückware) Brennstoffe für Vogenlampen aus Reinkohle und 6 938 Kilogramm (darunter 3 699 Kilogramm Rückware) mit Leuchtzusätzen. Die Einnahmen aus der Leuchtstoffsteuer in den sechs Monaten beliefen sich für Kohlenfaden-Glühlampen auf 945 029 Mk., für Metallfaden-Glühlampen, Kernbrenner usw. auf 1 571 230 Mk., für Brenner zu Quecksilberdampf-Lampen auf 11 141 Mk., für Glühlampen zu Gaslampen aus Reinkohle auf 728 143 Mk. und für solche mit Leuchtzusätzen auf 411 835 Mk., insgesamt auf 5 194 339 Mk.

Das liberale Wahlkartell für die Thüringer Wahlkreise,

das schon einmal totgefragt wurde, soll sich noch im Bereiche der Möglichkeit befinden. Der „Vossischen Ztg.“ wird hierüber geschrieben:

In einer durchaus vertraulichen Besprechung in Gera für die nächste Reichstagswahl in Reuß i. L. hatte Anfang August der nationalliberale Parteisekretär Graswurm-Gera bestimmt erklärt, daß die Einigungsverhandlungen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen Thüringens endgültig gescheitert seien.

Vor einigen Tagen erschien auch in der nationalliberalen „Geraer Zeitung“ ein Artikel, der den Kartellplan als gescheitert und die Kandidatur Horns als Tatsache hinstellte. Beides ist jedoch unrichtig, denn die Kandidatur Horn befindet sich lediglich im Stadium der Erwägungen, und eine Zustimmung seitens der Fortschrittlichen steht noch aus und dürfte nach dem Vorgehen des genannten Parteisekretärs kaum die Zustimmung der Liberalen finden. Völlig unrichtig ist außerdem die Meldung von einem Scheitern der Kartellverhandlungen, und die Mitteilung des nationalliberalen Parteisekretärs kommt den Vorständen der nationalliberalen Landes- und Ortsgruppen der anderen thüringischen Staaten völlig überraschend, zumal die Entscheidung erst in oder nach den bevorstehenden Verhandlungen der Nationalliberalen in Kassel fallen wird. Die Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei in Thüringen teilt ebenfalls mit, daß die Verhandlungen über ein gemeinsames Wahlkartell in Thüringen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, dann beabsichtigt die Fortschrittliche Volkspartei, in allen thüringischen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen.

Der Sozialdemokratie kann es ziemlich gleichgültig sein, ob das Kartell der Liberalen zustande kommt oder nicht.

Die Tapferkeit im Kriege gegen den inneren Feind.

Zu der Tatsache, daß auch eine Reihe von Frankfurter Polizeibeamten, die bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen recht brutal gegen das Volk vorgegangen sind, mit Orden bedacht wurden, schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Eine Anzahl von hiesigen Polizeibeamten wurde mit Orden bedacht. Ihre Namen wurden bei den Vorgängen der Wahlrechtsdemonstrationstage viel genannt. Man darf also wohl in diesem Falle von Auszeichnungen wegen mutigen Verhaltens vor dem Feinde, natürlich dem inneren Feinde, sprechen.“

Gegen die Fleischnot.

Das Stadtverordnetenkollegium zu Leipzig beschloß auf Antrag unserer Genossen einstimmig, den Rat zu ersuchen, gemeinsam mit den Stadtverordneten bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Grenzsperrre für die Einfuhr von Vieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgängliche Maß herabgesetzt und die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden. Ferner soll die sächsische Staatsregierung die Schlachtfleuer und die Übergangsabgabe aufheben und die Frachttaxe ermäßigen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung in Lüdenfeld (Westfalen) nahm eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution an, in der der Magistrat ersucht wird, mit Rücksicht auf die enorme Preissteigerung der Fleisch- und Wurstwaren unverzüglich bei der Reichsregierung um geeignete Abhilfsmaßregeln vorstellig zu werden.

Jeder blamiert sich so gut, wie er kann.

Dieses schöne Wort paßt trefflich auf die Frankfurter „Demokraten“, die im Aufsichtsrat der dortigen Festhallengesellschaft sitzen. Sie haben sich der Polizei würdig erwiesen, die den genialen Streich beging, den zu einer internationalen Kundgebung geladenen Genossen Sautes, Keir Hardie und Banderwelve den Gebrauch ihrer Muttersprache in der Versammlung zu verbieten. Die Herren von der Festhallengesellschaft verfahren mindestens ebenso „genial“, um die Veranstaltung der Kundgebung in der Festhalle zu verhindern. Sie haben unseren Genossen für die Hergabe der Festhalle zu der Versammlung derartige Bedingungen gestellt, daß unsere Genossen schließlich auf die Benutzung der Halle verzichtet haben und die Veranstaltung in einem anderen Lokal abhalten werden. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt über dieses skandalöse Verfahren:

„Noch schmälicher aber erscheint das Verhalten der Frankfurter Festhallengesellschaft und ihrer Organe. Seit Monaten sind sie einer Stellungnahme zur Überlassung des Meserowes an eine politische Veranstaltung der Mehrzahl Frankfurter Steuerzahler ausgewichen. Sie waren einfach lange nicht zu treffen. Schließlich konnten sie uns nicht mehr ausweichen. Nach einer ersten Besprechung beim Frankfurter Oberbürgermeister schien grundsätzliche Geneigtheit zur Hergabe der Halle zu bestehen. Dann aber kamen, eine immer dreister und blamabler als die andere, die „besonderen Bedingungen“ heraus. Es sollten keine revolutionären Abzeichen in der Halle angebracht wer-

den. Es sollten seitens der Redner und Diskussionsnehmer keine Äußerungen gegen den Kaiser, die Bundesfürsten und sogar — die Mitglieder des königlichen Hauses und der übrigen deutschen Fürstenthümer, endlich auch gegen den — Zaren als „Gast Deutschlands“ gemacht werden! Schließlich wurde auch noch die monarchische Organisation des Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten als Tabu erklärt; es dürfe in der Festhalle kein Wort gegen sie gesagt werden. Und damit sich die Girlande der „Bedingungen“ würdig schließe, wollte die Festhallengesellschaft förmlich an die Stelle der Frankfurter Polizei treten und uns dazu verpflichten, für den ruhigen Abzug der Besucher durch unsere Ordner zu sorgen und keinesfalls einen geschlossenen Abzug oder „Zusammenrottungen“ zu dulden! Über die vollendete Bedenklichkeit und die gänzliche politische Verwahrlosung der maßgebenden Frankfurter Bourgeoisiekreise, die aus ihrem Angstprodukt spricht, ist wahrhaftig kein Wort zu verlieren. Wie der Sprachparagraph des Reichsvereinigungsgesetzes ein würdiges Kind der liberal-konservativen Paarung, so sind die Bedingungen der Festhallengesellschaft eine kompromittierende Folge der volksfeindlichen Herrschaft, die die Frankfurter Freisinnsdemokratie im trauten Bunde mit ihrem reaktionären Oberbürgermeister auf dem Frankfurter Rathause angerichtet haben. Dort sitzen nämlich die glorreichen Väter der „Bedingungen“; sie beherrschen den Aufsichtsrat der mit städtischer Subvention gebauten Festhalle, aus dem man jeden Vertreter der Massen sorgfältig ferngehalten hat.“

Unser Frankfurter Parteiblatt kritisiert ebenso scharf das Verbot des Gebrauchs der Muttersprache seitens der ausländischen Genossen und bemerkt zum Schluß: „Und der Wikon der Sache bleibt nur, daß Sautes, Banderwelve und Keir Hardie nunmehr — deutsch, urdeutsch und auch dem letzten Frankfurter Achtgroßjungen verständlich, reden werden, wenn sie nächsten Sonntag zu uns kommen.“

Der Termin der nächsten Reichstagswahlen.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erfahren will, ist als Termin für die nächsten Reichstagswahlen die zweite Hälfte des November 1911 in Aussicht genommen. Ob sich diese Nachricht bestätigt, muß allerdings noch abgewartet werden, jedenfalls erscheint es sehr zweifelhaft, daß man schon jetzt, ohne zu wissen, wie die Reichstagsarbeiten verlaufen, einen Wahltermin fest ins Auge gefaßt hat.

Demokratie und Nationalliberale.

Die verwaschene und im Dienste der Freisinnigen äußerst fadenförmig gewordene demokratische Überzeugung des Pfarrers Naumann gibt der „Nationalliberalen Korrespondenz“ (Nr. 193 vom 7. September) Anlaß, mit hörbarem Ruck von Demokraten dieser Sorte abzurücken. Naumann hatte in einer zu Stuttgart gehaltenen Rede über die Königsberger Kaiserrede gesagt: Nunmehr bleibe dem deutschen Volke nichts anderes übrig, als ohne Rücksicht auf kaiserliche Ansprüche seinen Weg zu gehen. — Ganz entsetzt bemerkt hierzu die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Das ist die nackte Empfehlung der Politik einer reinen und rücksichtslosen Demokratie, die in dem Staatsorganismus keinen Raum läßt für die lebendige Persönlichkeit eines Monarchen. Wir wollen uns aber weder die Institution der Monarchie rauben lassen, noch wollen wir, bei aller gewünschten und gebotenen Zurückhaltung des Monarchen, den Träger der Krone zu einem blutleeren Schemen herablassen.“

Wir wünschen zur Monarchie und zum Monarchen in einem Herzensverhältnis zu stehen und lehnen es ab, es uns durch Naumann und die Demokratie zu einem reinen Bestandverhältnis machen zu lassen. Hier liegt mit die Grenze zwischen uns und der Demokratie, eine Grenze unüberbrückbar, auf die mit voller Schärfe hinzuweisen hohe Zeit war. Denn immer mehr droht die radikale Welle, die durch Deutschland schlägt, alle Begriffe zu verwischen, und die radikale Phrase verwirrt viele Köpfe. Welch' eine Schuld lastet doch auf den Parteien der Mehrheit, die diese Lage schufen. Und wie häßt sie jetzt neue Schuld zur alten. Es scheint fast ein Verbrechen an der Monarchie, wenn Parteien nach einer kaiserlichen Rede, die so die Gemüter erhitzte, der Kaiser als ihren Mann in Anspruch nehmen und so den Träger der Krone bei dem jetzigen so großen Unwillen im Volke als Parteigenossen und Fürsprecher von Parteien darstellte, die unser Volk für all das heutige Unheil verantwortlich macht.“

Wenn nach solchen Leistungen Bethmann-Hollweg kein Einsehen hat und die braunen Nationalliberalen schleunigst in den Bereich der wärmenden Regierungssonne verseht, dann hilft vorerst nichts mehr.

Der Profit steigt.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika hat beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 64 Proz. zu bezahlen. Der wirkliche Gewinn ist natürlich noch weit höher, denn es werden natürlich ganz erhebliche Summen zu Abschreibungen und außerordentlichen Rücklagen verwendet worden sein.

Worte und Taten.

Die Schulbehörde in Posen hat, wie das die polnisch-nationalistische Blätter mitteilen, den Religionsunterricht in den Volksschulen vermindert. In der diesbezüglichen Verfügung heißt es ausdrücklich, daß vier Fünftel der Gesamtzahl der polnischen Schulkinder ungenügend Deutsch beherrschten. Es sollte scheinen, daß daraus nur eine Schlussfolgerung möglich ist: wenn die polnischen Schulkinder die deutsche Sprache ungenügend beherrschten, so muß ihnen sowohl der Religionsunterricht, als auch die anderen Schulfächer in ihrer Muttersprache, das heißt der polnischen, die sie wohl genügend beherrschten, erteilt werden, denn nur ein solcher Unterricht kann für sie von Nutzen sein. Die Posenener Schulbehörde ist anderer Meinung: lieber läßt man die polnischen Kinder weniger lernen, aber es muß unbedingt in deutscher Sprache geschehen. Wenn die Posenener Schulbehörde konsequent sein wollte, so müßte sie ihren Grundsatz auch auf die übrigen Schulfächer über-

tragen, das heißt, man sollte den polnischen Kindern überhaupt weniger lernen. Deutlicher konnte man das ganze Schulsystem in den polnischen Landesteilen kaum verurteilen und ihr Flasko offenbaren, wie das die Posenener Schulbehörde mit ihrer Verfügung getan hat. Trozdem wird man an diesem falschen System festhalten, die Schule soll ja ein Germanisationswerkzeug gegenüber dem polnischen Volke sein. Zwar hat Wilhelm II. neulich in Marienburg gesagt, man soll einem jedem Stamme seine Eigenheit und Eigenart lassen. Die Taten der preussischen Regierung gegenüber den Polen beweisen aber das direkte Gegenteil davon.

Ein Eulenburgskandal in Ostafrika?

Der Redakteur der „Deutschostafrikanischen Zeitung“ van Roy wurde wegen Beamtenebeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht hat, in welchem der Satz vorkam:

„Ferner könnte ein Eulenburgskandal in Dar es Salaam unschwer seine Kreise ziehen.“

Diese Bemerkung ist auf höhere Beamte des Gouvernements bezogen worden. Der Angeklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, er will den Beweis der Wahrheit für den erwähnten Satz erbringen, bestreitet aber, daß er an die gegenwärtig in der Kolonie tätigen höheren Beamten gedacht habe.

Fiskalische „Sparsamkeit“.

Als während der Kämpfe um die Reichsfinanzreform 1909 den Behörden größtmögliche Sparsamkeit empfohlen wurde, ergreif man im Bezirk der Oberpostdirektion Düsseldorf, die sich kürzlich erst durch eine besondere Fürsorge für die Postunterbeamten auszeichnete, eine Maßregel, die zweifellos bei genereller Durchführung vom Reich für alle Zeiten den Dales fernhalten wird. Ein Finanzgenie kügelte nämlich den famosen Plan aus, die „Dienst-Streichhölzer“, die bis dahin nach Bezirksverteilung wurden, abgezählt den betr. Beamten zur Verfügung zu stellen.

Diese „Sparsamkeit“, die sich würdig der Verfügung jener obersteifischen Eisenbahndirektion anreicht, in welcher angeordnet wird, gebrauchte Kuperts nach erfolgtem Wenden nochmals zu benutzen, ist charakteristisch für die preussische Bureaucratie: in Kleinigkeiten lächerlich spitzig, in großen Dingen leichtfertig bis zur Verschwendung. Beweis: Der folgende Fall:

Im vergangenen Jahre kaufte der preussische Justizfiskus in Dpladen (Landkreis Solingen) für etwa 50 000 Mark zur Erweiterung des dortigen Amtsgerichts ein direkt an das bisherige Amtsgebäude anstoßendes Gelände mit aufstehendem Gebäude. Seit dieser Zeit steht das angekaufte Gebäude leer, das Gartengrundstück ist für wenige Mark jährlich vermietet und — ans Bauen denkt keiner. Anstatt dessen hat man jetzt ein ganzes Haus für die Zwecke des Amtsgerichts gemietet. Der Justizfiskus zahlt also die Miete und muß gleichzeitig die Zinsen von 50 000 Mk. Kaufprets tragen.

Ein badischer Demokrat für den Großblock.

In Frankfurt a. M. fand am Mittwoch eine von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufene Versammlung statt, die sich mit der Königsberger Kaiserrede befaßte. Der demokratische Stadttrat Dr. Haas aus Karlsruhe nahm in scharfer Form gegen die Rede Stellung und sagte u. a.: daß nur der ewig gekrümmte Rücken der Deutschen daran schuld sei, daß sich die Fürsten so viel herausnehmen dürften. Zum Schluß forderte er auf, bei den nächsten Reichstagswahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Er sagte wörtlich: „Ob einem die Sozialdemokraten unsympathisch sind oder nicht, darauf kommt es nicht an: noch viel unsympathischer sind uns jedenfalls die Junker und der schwarz-blaue Block, unsympathischer und vor allen Dingen viel gefährlicher für das Deutsche Reich. Einen anderen Weg zur Freiheit als den Großblock gibt es nicht. Seien wir bereit, diesen Weg zu gehen! Freilich muß auch die andere Seite auf das Dogma von der einer reaktionären Masse verzichten und auf das Vergnügen der Zählung der Stimmen, die in der praktischen Arbeit nichts nützen.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 9. September.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die Bewegung hat in Hamburg insofern eine Erweiterung erfahren, als abermals aus den bekannten Gründen — Verweigerung der Anfertigung von Streitarbeit — die Arbeiter zweier Betriebe die Arbeit verließen. Die Arbeiter der Firma Niemeier, Hamburg, Steinwärdener mußten schon vor zirka 14 Tagen die Arbeit einstellen. Nunmehr stellte die gleiche Firma auch an die Arbeiter ihrer Zweigniederlassung in Hamburg a. d. Elbe die Zumutung, Streitarbeit zu verrichten, worauf zirka 200 Arbeiter den Betrieb verließen. Damit ist die Bewegung auch in das Hamburg benachbarte Industriegebiet übergesprungen.

Die Firma Michaelson, Altona-Ötensen, welche sich bisher einigermaßen neutral verhielt, wollte nunmehr auch die so sehr begehrte Streitarbeit fertiggestellt sehen. Darauf stellten 50 Arbeiter der Stahlformerei die Arbeit ein.

Die Hamburger Frauen zum Werftarbeiterausstand. Mittwoch nachmittag fand in Hamburger Gemerkschaftshaus eine Versammlung der Frauen der streikenden Werftarbeiter statt. Referentin war die Genossin Luise Zieg-Verlin. Troz des schlechten Wetters hatten es sich die Frauen der im Kampfe stehenden Werftarbeiter nicht verdrießen lassen, den oft weiten Weg zum Versammlungsort zu machen. Die weiten Räume des Arbeiterheims waren denn auch stark gefüllt. Der äußerst lebhaftem Beifall, womit die Versammlung der Referentin Genossin Zieg dankte, bewies deutlich, wie sehr die Frauen mit der Genossin Zieg überstanden waren und wie sie einig darin sind, ihre ausständigen Ehemänner in ihrem Kampfe um eine bessere Existenz der Familie zu unterstützen. Die Frauen der Werftarbeiter wissen, welche Bedeutung der Kampf für sie und ihre Familie hat. Diese Erkenntnis wird geeignet sein, die Stellung der Streikenden nur noch zu festigen.

Den Antrag auf Aufhebung der Lehrerinnenbildungsausschuss und Errichtung eines vierklassigen Lehrerinnenseminars, den die Bürgerchaft Mitte Juli dieses Jahres mit 41 gegen 39 Stimmen ablehnte, unterbreitet der Senat nunmehr zum zweiten Male der Bürgerchaft. Es ist mög-

noch ermittelte, daß es gerade die Freimüthigen waren, welche die Vorlage zu Fall brachten, da sie gegen die Anstellung einer weiblichen Leiterin des Seminars stimmten. Vielleicht haben sich die Deutchen inzwischen wieder auf ihr Programm besonnen und votieren jetzt für den Senatsantrag, nachdem ihnen die liberalen Frauen in den Versammlungen wegen ihrer frauenfeindlichen Haltung die Hölle heiß gemacht hatten. Bemerkenswert ist noch, daß die Senatsvorlage infolgedessen verschlechtert worden ist, als man sich zu der Konzeption an die Feinde der Gleichberechtigung der Frauen bereit erklärt, zum 1. April 1912 auch einen Lehrer am Lehrerinnenseminar anzustellen.

Die Lübecker Straßenbahnvorlage, welche der Senat dem Bürgerausschuß zur Begutachtung vorgelegt hat und die von diesem an eine Kommission verwiesen wurde, wird demnächst wieder den Bürgerausschuß beschäftigen. Die Kommission hat nunmehr Bericht erstattet und beantragt: I. daß der Verwaltungsbefehl für städtische Gemeindeanstalten zum Ausbau des Liniennetzes und zu sonstigen Neuherstellungen und Beschaffungen 639 455 Mk. zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für Einbau eines zweiten Gleises in der Fraacksdorfer Allee von der Adolfsstraße bis zum Kirchhof und Verlegung der Endhaltestelle aus der Straße hinter die östliche Baumreihe 34 000 Mk., Einbau des zweiten Gleises in der Breitenstraße, in der Sandstraße, am Kohlmarkt und in der oberen Postenstraße, sowie Herstellung der Weichen- und Kreuzungsanlagen auf dem Kreuz: Breitenstraße-Kohlmarkt-Sandstraße-Wahmstraße 24 762,50 Mk., Einbau des Gleises in der Moislinger Allee vom Lindenplatz bis V. St. Lorenzschule 56 000 Mk., Einbau des Gleises in der Friedhofs-Allee bis zum Borswerper Friedhof 36 700 Mk., Einbau des Zuführungsgleises nach der Wagenhalle in St. Lorenz 9 005,88 Mk., Herstellung einer Gleisumführung am neuen Bahnhofs (bereits ausgeführt) 26 531,62 Mk. Ferner für den Einbau des zweiten Gleises in der Beckergrube und an der Untertraube 45 455 Mk., die Bahnanlage in der Königstraße von Paffenstraße bis Weibelplatz 300 Meter a 50 Mk. 15 000 Mk., eine Gleisverbindung von der Königstraße in die Große Burgstraße eine Rechtsabzweigung im Doppelgleis und eine Weiche 3 700 Mk., eine Gleisverbindung von Paffenstraße in die Königstraße 1 400 Mk., 3 Motorenwagen, a 13 000 Mk., 39 000 Mk., Ausrüstungen für 3 Mann 450 Mk. Für sonstige Neuherstellungen und Beschaffungen 349 550 Mk., zusammen 639 455 Mk. II. daß allgemein Schaffner angestellt werden, ein Umsteigeverkehr eingerichtet und ein Zonenarif eingeführt wird. Auf den Zonenarif, der von den einzelnen Kommissionsmitgliedern wieder verschieden gestaltet werden soll, kommen wir morgen noch zurück. Für heute sei nur bemerkt, daß die Straßenbahnvorlage den erhofften notwendigen Ausbau des Straßennetzes nicht bringt, dafür aber eine Verkehrsverteuerung in Form des geplanten Zonenarifs vorsieht. Es ist wohl zu erwarten, daß das vorliegende Projekt in der Bürgererschaft heftig bekämpft wird von denen, die den Verkehr ausdehnen und billig gestalten wollen. Die Straßenbahn soll nicht in erster Linie eine Einnahmequelle für die Stadt, sondern ein Verkehrs-institut sein.

Der Magdeburger Parteitag gibt den Blättern der offenen und verkappten Reaktionen Veranlassung, in allen Tonarten auf die Sozialdemokratie zu schimpfen. Die „Lübeckischen Anzeigen“ bringen gleich gestern und heute „Beitrag“ von recht erheblichem Umfang, in denen sie sich kraßhaft bemühen, die wenigen Abnehmer auf ihre Art für unsere Partei zu interessieren. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß die Revisionisten, welche in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften“ toller als je ihr Wesen treiben, von den Feinden des Volkes als Muster an Einsicht hingestellt werden gegenüber den Radikalen. Uns scheint, daß das nicht gerade sehr schmeichelhaft für die Hülfskräfte, Kolb usw. sein kann. Oder sollte es diesen Leuten am Ende um den Beifall von jener Seite zu tun sein, da sie bei den Parteigenossen doch keine Gegenliebe finden. Für sie und für die bürgerliche Presse, die sich ihrer so warm annimmt, mag das Wort gelten: Ein jedes Tierchen hat sein Plättchen.

Einem Wären bindet die hiesige bürgerliche Presse mit vereinten Kräften dem ahnungslosen Publikum auf, indem sie in ihren sehr tendenziös gefärbten Berichten erzählt, die Lübecker Sozialdemokratie habe in die Wiener-Verammlung einen Redner entsandt. Uns ist nicht bekannt, wer in dieser unter liberaler Flagge abgehaltenen bürgerlichen Versammlung gewesen und was da alles geredet worden ist. Soviel ist aber sicher, daß die wackelige Weisheit, die Herr Wiener nach den Berichten der Zeitungen seinen Hörern zum besten gab, durch einen tatsächlichen von der Sozialdemokratie entsandten Redner leicht zu erschüttern gewesen wäre. Was aber natürlich die bürgerlichen Blätter sicherlich auch nicht veranlaßt hätte, später in ihren Berichten der Wahrheit die Ehre zu geben.

Kein kommunale Unstimmigkeiten nennt gestern die „Eisenbahn-Zeitung“ das allem Liberalismus hohn sprechende Vorgehen der Freimüthigen in der Lübecker Bürgerschaft anlässlich der Beratung des Senatsantrages auf Errichtung eines Lehrerinnen-seminars unter weiblicher Leitung. Man kann es ja verstehen, daß es der „liberalen Volkspartei“ sehr unangenehm ist, wenn ihr in öffentlicher Versammlung der Vertrat ihrer Grundsätze und damit ihre politische Unehrlichkeit nachgewiesen wird; die Sache wird dadurch aber nicht besser, daß das Organ der liberalen Volkspartei die ungläubliche Verleumdung des eigenen Programms als nebensächliche Unstimmigkeiten hinzustellen versucht; denn damit wird nur gezeigt, wie wenig Wert die Liberalen auf ihre grundsätzlichen Forderungen legen.

Die Verblüdung ihrer Leser und Leserinnen betrifft als Spezialität die sogenannte unparteiische „General-Anzeiger“-Presse. Den redaktionellen Teil füllt man in der Hauptsache mit Vereinstreibern und politischem Unkraut aller Art, während auf dem geldbringenden Inseratenmarkt sich die Kuppelleute und die Anpreisungen wertloser Geheimmittel dem Text würdig anschließen. Doch auch andere, auf Klünderung ganz Einfältiger berechnete Annoncen finden Aufnahme. So konnte man am Mittwoch im „Lübecker General-Anzeiger“ folgende Anzeige finden:

Weltberühmt.

Handlinien- und Kartendeuten.
Zu sprechen abends von 6 bis 10 Uhr.
... str. 14, p. I.

Natürlich ist diese Handlinien- und Kartendeuterei blanke Schwindel. Das weiß man auch im „General-Anzeiger“. Es ist weiter bekannt, daß durch solchen faulen Zauber schon manches Unheil angerichtet worden ist. Das macht aber alles nichts, der „General-Anzeiger“ nimmt das Ingerat auf, denn es wird ja bezahlt. Und Geld stinkt nicht. Zu bemerken sind nur diejenigen, die ihre Groschen für die Kartendeuterei und für den „Bumbum“ ausgeben.

Beugen gesucht. Wir werden um Abdruck folgender Zeilen ersucht: Durch rechtskräftiges Urteil des Oberkriegsgerichts zu Altona ist der Landwehrmann Arbeiter Otto Steinfaß zu Lübeck wegen Verleumdung und tätlichen

Angriffs gegen den Unteroffizier d. Res., Postboten Karolste zu Lübeck, zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht ist der Aussage Karolstes, der einen Irrtum für ausgeschlossen erklärte, in vollem Umfange gefolgt, trotzdem eine große Anzahl Entlastungszeugen beibrachten. Steinfaß könne nicht der Täter sein. Steinfaß, dem ein gutes Reumundzeugnis zur Seite steht, beweist nach wie vor seine Unschuld. Der Vorfall, der Gegenstand der Gerichtsverhandlung war, hat sich am 15. Juni 1909 am Entlassungstage des Reserveregiments im Lockstedter Lager abgepielt. Um der Gerechtigkeit willen ergeht an alle, die zur Entlastung von Steinfaß und bezüglich der Person des wirklichen Täters sachdienliche Angaben machen können, bisher aber noch nicht als Zeugen vernommen sind, das Ersuchen, mit den Rechtsanwälten Jacobsohn und Dr. Meyer zu Lübeck sich schriftlich in Verbindung zu setzen.

Aus der Truhe gezogen wurde heute morgen 9^{1/2} Uhr bei der Hubbrücke die Leiche eines etwa 40-jährigen Mannes, die mit schwarzem Anzug, Klapptragen und ziemlich neuen Schuhen bekleidet war. Wer der Tote ist und ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Einem bedauerlichen Unglücksfall ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr im Hause des Arztes Dr. Uter, Pferdmarkt 6. Dort war der Klempnergehilfe Denker, in Moisling wohnhaft, damit beschäftigt, eine schadhafte Gasleitung abzuleuchten. Plötzlich erfolgte eine Explosion des austretenden Gases, durch welche D. an Gesicht und Händen erheblich verletzt wurde. Glücklicherweise ist das Augenlicht nicht verübt worden. Nachdem Herr Dr. Uter ihm einen Notverband angelegt hatte, mußte der Verunglückte mittelst Sanitätswagens dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden.

Ihren Verletzungen erliegen ist die Tochter des Rentiers Amst, welche sich am Mittwoch durch die Explosion eines Spiritusplättchens schwere Brandwunden zugezogen hatte.

ph Entworfener Blockwagen. Am 8. ds. Mts., gegen 5 Uhr nachmittags, wurde einem 5 Jahre alten Knaben bei der Gütiner Klappbrücke von 2 Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren ein kleiner Blockwagen, der innen rot und außen gelb gestrichen ist, weggenommen. Die Knaben haben sich in der Richtung nach der Stadt entfernt.

Die Wasserwärme des Kräutentisches betrug gestern nachmittag 17 Grad. Badeanstalt Falkendamm (Wakenitz) 17 Grad.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die letzte vollständige Vorstellung schließt Sonnabend mit einer Aufführung von Ibsens „Nora“ ab. In der Rolle des Dr. Rank wird wieder der junge Lübecker Künstler Koch galieren. Auch die übrige Besetzung ist die gleiche geblieben wie am Dienstag. Mit einer Neueinstudierung der beiden Lustspiele „Im weißen Rössl“ und „Als ich wieder kam“ von Hummel und Kadelburg wird am Sonntag die diesjährige Spielzeit beendet.

Entin. Eine Volksversammlung findet am morgigen Sonnabend abend 8^{1/2} Uhr bei Knieckrehm statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Lebensmittelpuffer. 2. Die letzten Kaiserreden. Zahlreiches Erscheinen der Arbeiter und Arbeiterfrauen ist erwünscht.

Hamburg. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag vormittag am Zippelhaus 4. Dort war der Dachdeckergehilfe Siggelkow mit dem Ausbessern des Daches beschäftigt. S. hatte ein Tau an eine Leiterprosse gebunden, die in ihrer Fassung ausgerostet war. Plötzlich brach die Sprosse aus und S., der sich an dem Tau befestigt hatte, stürzte von dem fünf Stock hohen Gebäude in die Tiefe. Der junge Mann war auf der Stelle tot. Seine Leiche kam ins Hafentraktenhaus. — Verworfene Revision. Das Reichsgericht hat, wie aus Leipzig gemeldet wird, die Revision des Kommissars Arthur Friedrich Wilhelm Holke, der am 26. April vom Hamburger Schwurgericht wegen Raubmordes, begangen am 12. Januar an der Pfandleiherin Meckl, zum Tode verurteilt worden war, verworfen.

Hamburg. Die Hirsch-Dunckerschen durch Schiedspruch als Streikbrecher anerkannt. Nach böses Pech haben die Hirsche. Seit Wochen gehen sie damit krebend, daß der Holzarbeiterverband in Hamburg bei der Firma Steinway u. Söhne Vertragsbruch begangen habe, und nur sie — die „ollen ehrlichen Hirsche“ — vertratstreu sind und für Freiheit und Menschenrechte kämpfen. Dabei wurde vom Holzarbeiterverband sofort nach erfolgter Aussperrung der Verbandsmitglieder bei genannter Firma festgestellt, daß die dort weiter arbeitenden „Hirsche“ ganz gewöhnliche Arbeitswilligen verrichteten. Der Holzarbeiterverband hatte selbstverständlich das größte Interesse daran, dieses auch von einer unparteiischen Stelle festgestellt zu sehen, er verlangte darum, daß die Schlichtungskommission für das Hamburger Holzgewerbe, der auch der Betrieb der Firma Steinway untersteht, ihre Entscheidung fällen sollte. Gleichzeitig wurde verlangt, daß falls die Schlichtungskommission, die aus 6 Arbeitgeber und 6 Arbeitern besteht, zu einer Entscheidung nicht kommen würde, ein Unparteiischer zugezogen werden sollte. Von der Schlichtungskommission wurde für diesen Fall Herr Amtsgerichtsrat Dr. Boyesen in Aussicht genommen, der sich auch zur Übernahme des Schiedsrichterpostens bereit erklärte. Nun erklärt in der Sonnabendnummer des „Hamburger Echo“ die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Hamburg eine Bekanntmachung, aus der hervorgeht, daß die Firma mitteilte, sie würde vor dem Schiedsgericht nicht erscheinen, und sich auch weder dem Spruch der Schlichtungskommission noch dem eines Unparteiischen fügen. Ferner heißt es in der Publikation:

„Die Schlichtungskommission entschied darauf bei Anwesenheit von 6 Arbeitgebern und 5 Arbeitern einstimmig: Die Firma Steinway u. Söhne hat sich durch ihr Nichterscheinen ins Unrecht gesetzt und sich dadurch außerhalb des Vertrages gestellt. Sie hat alle Folgen, die sich hieraus ergeben, selbst zu tragen.“ — Ebenso einstimmig wurde von allen Anwesenden konstatiert, daß die Firma die Feinerzeit mit dem Holzarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten hat. Nach demselben verpflichtete sich die Firma, den alten Zustand in ihrem Betriebe wiederherzustellen, und als die Arbeiter dieses verlangten, wurden rund 300 derselben entlassen. Auf Grund der Entscheidung der Schlichtungskommission sind alle gegenwärtig im Betriebe beschäftigten Holzarbeiter als Arbeitswillige zu betrachten.“

Die Firma hat sich also gefürchtet, vor der Schlichtungskommission zu erscheinen, weil sie ihre Verurteilung befürchtete. Das Nichterscheinen der Firma hat noch einen belakaten Beigeschmack. Sie ersuchte nämlich ihren Rechtsbeistand, „bei Herrn Dr. Boyesen zu sondieren, ob dessen Schiedspruch zu ihren Gunsten ausfallen würde“. Der Herr Rechtsanwalt teilte der Firma dann mit, daß „mit Herrn Dr. Boyesen nichts zu machen“ sei. Wollte man Herrn Dr. Boyesen etwas beeinflussen? Das „nichts zu machen“ läßt ja fast darauf schließen! — Nach der Mitteilung des Rechtsanwalts an die Firma scheint Herr Dr. Boyesen den Herren auf ihr unfaires Verhalten die richtige Antwort gegeben zu haben. Da nun keine Aussicht bestand, den Holzarbeiterverband ins

Unrecht zu setzen, wählte sie den besseren Teil der Tapferkeit und „kniff“. — Die einstimmige Verurteilung durch die Schlichtungskommission wirkt aber eben so wichtig, weil die Firma durch ihre eigenen Klaffen-genossen, durch die Unternehmer, einstimmig verurteilt wurde, und ihr ausdrücklich alle Folgen ihres Verhaltens aufgebürdet wurden. Viel schlimmer werden aber die Hirsche an den Folgen ihres Verrats zu tragen haben. Immer und überall behaupteten sie, der Holzarbeiterverband hat durch die Arbeitseinstellung bei der Firma Steinway u. Söhne Vertragsbruch begangen“. Jetzt entscheiden die Arbeitgeber gegen die Firma. Daraus folgt, daß die Hirsche als betriebswillige angesehen werden müssen. Mit diesem Um-darm werden die Hyänen des Schlachtfeldes, die Hirsche, für alle Zukunft behaftet bleiben. Arme Hirsche!

Zugung von Pianofortarbeitern, Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern ist nach der Firma Steinway und Söhne in Hamburg auch ferner mit allen Mitteln fern-zuhalten.

Kiel. Et. Streik der Schleswiger Regierung. Die Ortsgruppe Kiel des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes wollte die Tagung des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen nicht vorübergehen lassen, ohne der dortigen Arbeiterschaft die Notwendigkeit des internationalen Kampfes gegen den Alkoholismus, als internationale Volksseuche, vor Augen zu führen. Zu diesem Zwecke waren die Genossen Dr. Panauer-Belgien, Sabroe und Jacobson, Folschingsmänner aus Dänemark, erschienen. Die der deutschen Sprache nicht mächtigen dänischen Genossen wollten ihre Ausführungen in ihrer Muttersprache machen, die Genosse Adler-Kiel übersetzen sollte. Doch der Regierungspräsident wollte es anders. Um Scherereien vorzubeugen, war der Polizeipräsident von Kiel vom Einberufer in Schleswig die Genehmigung zu empfehlen. Die Antwort der „unfehlbaren Regierung“ lautete aber auf striktes Verbot des Gebrauches der dänischen Sprache seitens unserer dänischen Genossen in der öffentlichen Versammlung. Natürlich hat die Versammlung doch stattgefunden. Sie war dank der unfehlwilligen Reskante der Regierung sehr stark besucht.

Kleinsburg. Blutschande. Der hiesige Magistrats-assistent Tempelbusch wurde gestern wegen Verdachts der Blutschande mit seiner eigenen erwachsenen Tochter verhaftet.

Kostock. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr auf dem Hauptbahnhof ereignet. Der mit dem Rangieren von Personenzügen beschäftigte Stationsarbeiter Vogt blieb in dem Augenblicke mit einem Fuße in einer Weiche hängen, als auf demselben Weiche der Rangierzug nahe. Vogt wurde von ihm so unglücklich überfahren, daß er auf der Stelle verschied. Der Getötete hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Lüchow. Totschlag. Zwei beim Eisenbahnbau Lüchow-Fannenberg beschäftigte polnische Erdarbeiter haben einen in Lünen wohnenden Landmann, mit dem zusammen sie ein Tanzvergnügen besucht hatten, auf dem Heimweg ermordet. Als er sich mit einem Mädchen unterhielt, fielen die beiden über ihn her, schlugen ihm mit einem Holzloken den Schädel ein, verletzten ihm mehrere Messerstücke und banden ihm schließlich mit starken Stricken Arme und Beine zusammen. Nach acht Stunden wurde der fürchterlich Zugerichtete aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft, wo er nach kurzer Zeit starb.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Benefiz für den Spielleiter Friedrich Lenar. Wie eine schwüle Gewitternacht voll wilder, blendender Schönheiten zieht Hugo von Hofmannsthal's „Elektra“ vorüber. Sie befreit nicht, verherber. Nein, heiß geht ihr Atem, und trotz des zuckenden Grauens und Wetters der Elemente will sich die quälende Spannung unserer Nerven nicht lösen. Kein schwebender Gegenstand als zwischen dieser Dichtung und dem gleichnamigen Drama des großen Sophokles. Hier wie dort bildet das Innereleben der furchtbaren Tochter des ermordeten Agamemnon den Inhalt, die ihres Bruders Drestes harter, damit er den unsagbaren, von der eigenen Mutter und ihrem Vuhlen begangenen Frevel räche. Aber während der griechische Klassiker bei aller Grandiosität der Gemütsbewegung nie die Grenze natürlicher Menschlichkeit überschreitet, uns von der ungeheuren Leidenschaft der von dem Rachegefühl beherrschten, innerlich einfachen und gesunden Frau erschüttern läßt, entwirft Hofmannsthal, der Moderne, ein differenziertes Seelengemälde über das Natürliche hinausgetriebener Weiblichkeit, einer erschreckenden, blutroten Ferversität. Es ist eine feine Künstlerhand, die hier den Pinsel führt, das Formelement ist bewundernswert; aber die verwendeten Farben sind zu trübe, die psychologischen Details zu pathologisch, zu nervenzerrend, um ein ästhetisches Genießen wirklich aufkommen zu lassen. Und so glaube ich auch, daß der Hauptteil des ungewöhnlich starken Beifalls, der am Schluß der geistigen Aufführung laut wurde, auf Rechnung der schlechthin vorzüglichen Wiedergabe der Dichtung, vor allem in der Titelrolle zu setzen ist. Diese Elektra des Hrn. Hohenfels kann bei uns nicht vergessen werden. Es war eine ganz hervorragende Leistung: die Beste im Menschen erstand mit fast dämonischer Wucht vor uns, Sprache und Mimik einten sich oft zu wahrhaft zwingendem Eindruck. Die unstillbare Sehnsucht der Grynthemis kennzeichnete Hrn. Sartor sehr geschickt und mit Wärme. Hrn. Arent liegt die düster schwebende Blut des Charakters der Klytämnestra stellenweise nur ahnen. Stattdessen wirkte der Drest des Herrn Becker. Auch der Geigist des Benefizianten, der zugleich die Spielleitung übernommen hatte und damit wiederum einen ehrenden Beweis seiner Regiefähigkeit ablegte, verdient erwähnt zu werden. Eröffnet wurde der Abend mit einer literarischen Nichtigkeit, dem Genrebild von Hugo Müller's „Abelaid“. Mit seiner Sentimentalität und seinem Edelmut entkam es einer längst seligen Epoche und seine sporadische Wiederkehr kann nur damit entschuldigt werden, daß es zwei Lieberlein Beethoven'scher Muse bringt. Hrn. Böbel als Glärchen wie Herr Köhler als Lachner durften mit ihrem Vortrage lebhaften Anerkennung ernten. Durch die recht sympathische Gestaltung der Rolle des Beethoven konnte Herr Lenar auch seine schauspielerische Qualität bezeugen. In wirksamer Weise sekundierte ihm Hrn. Hohenfels als Abelaid; ebenso fanden sich Hrn. von Finster als Frau Sabinger und Fräulein Henke als Frau Sepherl zufriedenstellend mit ihren Aufgaben ab. Daß dem Benefizianten die Wertschätzung, die er sich unlegbar hier erworben hat, neben der rauhenden Ehreung auch in Form dufender Angebinde ausgedrückt wurde, braucht wohl nur angemerkt zu werden. Im

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sammler in Lübeck.

RUDOLPH KARSTADT

LÜBECK

Preiswerte Angebote

Hauskleiderstoffe

Kleider=Gingham 88-90 cm breit in großer Musterauswahl	Meter	58 ⁸ / ₈
Baumwoll. Cheviot doppelseitig bedruckt solide Muster; für praktische Kleider	Meter	52 ⁸ / ₈
Kleider=Barchend solide Ware in modernen Mustern	Meter	48 ⁸ / ₈
Baumwoll. Tuchkleider 90-95 cm breit extra schwer, besonders starke Winterkleider	Meter	98 ⁸ / ₈
Kleider=Siamosen 95 cm breit, prima garantiert licht-, luft- und waschecht	Meter	85 ⁸ / ₈
Blusen=Flanelle bessere Qualität waschecht, in modernen Mustern	Meter	52 ⁸ / ₈

Baumwollwaren

Kissenbezüge weiß, mit ausgenähten Bogen	Stück	68 ⁸ / ₈
Kissenbezüge mit Einsatz und Fälchen	Stück	82 ⁸ / ₈
Bettbezüge farbig kariert, gut genäht	Stück	2⁵⁰ ^M / ₈
Bettbezüge weiß gestreift Satin, gut genäht	Stück	3⁹⁵ ^M / ₈
Bettbezüge weiß Damast, gut genäht	Stück	4²⁰ ^M / ₈
Betttücher fertig gesäumt	Stück	1⁵⁵ ^M / ₈
Oberbetten 180 cm breit gestreift Körper, doppelt genäht	Stück	5⁶⁰ ^M / ₈
Unterbetten 120 cm breit gestreift Körper, doppelt genäht	Stück	3³⁵ ^M / ₈
Bettdecken weiß Waffel mit Franze	Stück	1⁶⁵ ^M / ₈

Ein **Feudel** soweit Vorrat, Stück **12** ⁸/₈ und **15** ⁸/₈

Schuhwaren

Rindbox Herren-Schnürstiefel schlank und breit	Paar	7²⁵ ^M / ₈
Boxcalf Herren-Schnürstiefel amerikanische Form	Paar	8⁵⁰ ^M / ₈
Chevreaux Herren-Schnürstiefel amerik. Form mit Lackkappe	Paar	10⁵⁰ ^M / ₈
Rindbox Damen-Schnürstiefel bequeme Formen	Paar	6²⁵ ^M / ₈
Boxkalf Damen-Schnürstiefel schlank und breit	Paar	7²⁵ ^M / ₈
Chevreaux Damen-Schnürstiefel amerik. Form mit Lackkappe	Paar	8⁵⁰ ^M / ₈
Robleder Kinderstiefel	Gr. 31-35 3⁷⁵ ^M / ₈ Gr. 27-30 3¹⁰ ^M / ₈	
Rindbox Kinderstiefel	Gr. 31-35 5⁶⁰ ^M / ₈ Gr. 27-30 4⁹⁰ ^M / ₈	
Boxcalf Kinderstiefel	Gr. 31-35 6⁹⁰ ^M / ₈ Gr. 27-30 6³⁰ ^M / ₈	

Damen-Schürzen

Damen-Empire-Schürzen Gingham mit Besatz	Stück	1²⁵ ^M / ₈
Dam.-Mied.-Rockschrürzen Gingham mit Besatz	Stück	1²⁵ ^M / ₈
Dam.-Halbreform-Schürzen la. Gingham mit Besatz	Stück	1³⁰ ^M / ₈
Dam.-Kleid.-Reformschürz. Gingham mit Volant und Besatz	Stück	1⁴⁵ ^M / ₈
Damen-Tändelschürzen weiß mit Stickerei-Ringsvolant	Stück	68 ⁸ / ₈
Damen-Tändelschürzen weiß mit Träger und Stickereibesatz	Stück	98 ⁸ / ₈

Prima dreiteilige
Haarschmuck-Garnitur **95** ⁸/₈
2 Seilenkämme u. 1 Nackenkamm Garnitur

Damen-Korsetts

Damen-Korsett grau Drell mit Spiralfedern	Stück	1³⁵ ^M / ₈
Damen-Korsett Frackform hellblau Jacquard	Stück	1⁷⁵ ^M / ₈
Damen-Korsett Frackform grau Drell, mit Spitze und Banddurchzug	Stück	2¹⁰ ^M / ₈
Damen-Korsett Directoireform grau Drell	Stück	3⁰⁰ ^M / ₈
Damen-Korsett Directoireform grau Drell, mit 2 Strumpfhaltern	Stück	4⁵⁰ ^M / ₈
Damen-Bandmieder hellblau Jacquardband	Stück	1²⁰ ^M / ₈

Damen-Strumpfhalter **70** ⁸/₈
aus Rüschen-Gummiband mit bestem Verschluss Paar

Regenschirme

Regenschirme für Herren solider Bezug, dauerhaftes Gestell	Stück	1⁹⁵ ^M / ₈
Regenschirme für Herren mit Futteral, starker Körperbezug	Stück	2⁵⁰ ^M / ₈
Regenschirme für Damen Körperbezug, mit farbiger Blumenborde	Stück	2⁶⁰ ^M / ₈
Regenschirme für Damen und Herren mit reinseidenem Taftet-Futteral	Stück	3⁵⁰ ^M / ₈
Regenschirme für Damen Satin de Chiné, Halbseide mit farb. Borde	Stück	3⁵⁰ ^M / ₈
Regenschirme für Damen einfarbige Gloriseide mit Atlasstreifen	Stück	4²⁰ ^M / ₈
Regenschirme für Damen und Herren reine Seide u. Halbseide, eleg. Ausführung	Stück	5⁷⁵ ^M / ₈
Stockschirme für Herren Seiden-Ueberzug mit Leder-Futteral	Stück	6⁷⁵ ^M / ₈

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

II.

Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Weder in der Anzahl noch in dem Umfang der Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — haben sich gegenüber dem Vorjahre wesentliche Veränderungen ergeben. Es fanden statt 2045 Kämpfe, an denen 131 244 Personen beteiligt waren; im Jahre 1908 betrug die Zahl der Kämpfe 2052 mit 128 888 Beteiligten. Die Zahl der Kämpfe hat sich um 7 verringert und die Ziffer der Beteiligten um 4861 = 3,4 Proz. erhöht. Diese Veränderungen sind so unerheblich, daß sie zu einer abweichenden Beurteilung der Verhältnisse nicht dienen können. Gleich wie im Jahre 1908 waren auch im Berichtsjahre die Kämpfe in ihrer Mehrheit nach den daran beteiligten Personen von geringerem Umfange, es entfielen auf jeden Kampf im Durchschnitt 84 Beteiligte.

Von den 2045 Arbeitskämpfen waren Angriffstreiks 882 = 43,1 Proz., Abwehrstreiks 1007 = 49,2 Proz. und Aussperrungen 256 = 12,7 Proz. Im Jahre 1908 fanden dagegen statt: 678 Angriffstreiks = 33,1 Proz., 1117 Abwehrstreiks = 54,4 Proz. und 257 Aussperrungen = 12,5 Proz.

Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrstreiks und der Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 etwas verschoben. Die im Vorjahre enorm gestiegene Zahl der Abwehrstreiks ist zurückgegangen, allerdings nicht in dem Maße, daß die Tendenz des Unternehmertums, die Zeiten wirtschaftlicher Depression zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, zu verkennen wäre. Denn trotz ihres Rückganges überwiegen die Abwehrstreiks an Zahl noch ganz bedeutend die Angriffstreiks, obgleich bei letzteren eine Vermehrung eingetreten ist. Auch die Zahl der Aussperrungen hat sich verringert.

In den 882 Angriffstreiks des Jahres 1909 waren 54 030 Personen beteiligt. In 517 Fällen mit 85 893 Beteiligten wurde gekämpft um Lohnerhöhungen zu erreichen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fanden 203 Streiks mit 15 637 Beteiligten statt. 22 Streiks mit 380 Beteiligten wurden geführt um Verkürzung der Arbeitszeit allein. Der Ausgang der Angriffstreiks war günstiger als der im Jahre 1908 geführten; es endeten erfolgreich: 454 = 51,6 Proz. mit 27 859 Beteiligten = 51,1 Proz., teilweise erfolgreich: 173 = 20,8 Proz. mit 14 547 Beteiligten = 26,8 Proz. und erfolglos: 173 = 20,8 Proz. mit 9185 Beteiligten = 17,0 Proz.

Die Abwehrstreiks haben sich gegen das Jahr 1908 um 110 vermindert, jedoch ist die Zahl der daran Beteiligten um 6000 gestiegen, es waren an den 1007 Abwehrstreiks des Jahres 1909 42 700 Personen beteiligt. Die Steigerung der Beteiligungsziffer ist auf den vom Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier durchgeführten Abwehrstreik, an welchem 8149 Personen beteiligt waren, zurückzuführen. Dieser Kampf entspann sich durch fortgesetzte Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes und mußte nach sechswöchiger Dauer leider erfolglos beendet werden.

Von den Abwehrstreiks des Jahres 1909 wurden 490 mit 17 039 Beteiligten geführt, um Lohnreduktionen abzuwehren. In 131 Fällen mit 13 421 Beteiligten fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. 26 Streiks waren notwendig, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, daran waren 445 Personen beteiligt. In 21 Fällen mit 550 Beteiligten mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden. Von den insgesamt stattgefundenen Abwehrstreiks endeten erfolgreich: 593 = 59,9 Proz. mit 18 559 Beteiligten = 43,4 Prozent, teilweise erfolgreich: 123 = 12,2 Proz. mit 8046 Beteiligten = 18,8 Proz. und erfolglos: 248 = 24,1 Proz. mit 14 718 Beteiligten = 34,5 Proz. Der Prozentsatz der erfolgreichen Streiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 53,9 erhöht.

Im Jahre 1909 wurden seitens der Unternehmer 206 Aussperrungen vollzogen. Im Vorjahre fanden dagegen 257 statt, so daß eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 51 = 19,8 Proz. eingetreten ist. In einem noch stärkeren Verhältnis ist die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter gegenüber dem Jahre 1908 zurückgegangen. Während 1908 an den Aussperrungen 60 576 Personen beteiligt waren, erstreckten sich die des Jahres 1909 nur auf 34 494 Personen. Es ist demnach eine Abnahme der Beteiligungsziffer um 26 082 = 43,1 Prozent erfolgt.

Unter den Aussperrungen des Jahres 1909 ragt besonders die von den Bauunternehmern Hamburgs und Umgegend vollzogene Aussperrung der Bauarbeiter durch ihren Umfang hervor. An dieser Aussperrung waren 16 Verbände durch ausgesperrte Mitglieder beteiligt und wurden davon insgesamt 10 009 Personen betroffen. Die Aussperrung wurde unternommen, um den Maurerverband zur Aufgabe eines Lohnkampfes zu zwingen. Die Unternehmer erreichten jedoch nicht das gewünschte Ziel, die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter, und mußten schließlich, um eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, Lohnerhöhungen bewilligen.

Ihren Ursachen nach verteilen sich die Aussperrungen des Jahres 1909 folgendermaßen:

In 43 Fällen mit 3969 Beteiligten lagen denselben Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme verschlechterter Arbeitsbedingungen wurden 42 Aussperrungen verhängt, die sich auf 4957 Personen erstreckten. In 17 Fällen mit 7911 Beteiligten war ein Angriffstreik die Ursache der Aussperrungen. 16 Aussperrungen, an welchen 324 Personen beteiligt waren, dienten dem Koalitionsraub. Wegen Verweigerung von Streitarbeit wurden 5 Aussperrungen verhängt, woran 524 Personen beteiligt waren. Aus Anlaß der Matfeter fanden 25 Aussperrungen statt, die 6963 Personen in Mitleidenschaft zogen. Von den Aussperrungen insgesamt endeten für die Arbeiter erfolgreich: 85 = 41,3 Prozent mit 10 999 Beteiligten = 31,9 Proz., teilweise erfolgreich: 82 = 15,5 Proz. mit 11 502 Beteiligten = 33,3 Prozent und erfolglos: 69 = 33,5 Proz. mit 9260 Beteiligten = 27,0 Proz. Der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 um das Doppelte von 21,0 auf 41,3 erhöht und noch günstiger liegt das Verhältnis bei den an diesen Aussperrungen Beteiligten.

Von den Kämpfen insgesamt endeten erfolgreich: 1182 = 58,4 Proz. mit 56 917 Beteiligten = 43,4 Proz., teilweise erfolgreich: 828 = 40,5 Proz. mit 34 005 Beteiligten = 25,9 Proz. und erfolglos: 435 = 21,1 Proz. mit 37 898 Beteiligten = 28,8 Proz. 51 Kämpfe mit 4189 Beteiligten waren am Jahreschluß nicht beendet und von 49 blieben der Ausgang unbekannt, an letzteren waren 2920 Personen beteiligt. Gleich wie die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten auch die Arbeitskämpfe günstiger als die im Jahre 1908 geführten.

An den Kämpfen waren 46 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 483, Holzarbeiter 280, Bauhilfsarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 134, Fabrikarbeiter 97 und Transportarbeiter 71. Das sind zusammen 1447 Kämpfe = 70,8 Prozent der Gesamtzahl. Auf die übrigen 89 Verbände entfielen 598 Kämpfe = 29,2 Proz. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe zu stehen folgende Verbände: Maurer 24 827, Holzarbeiter 18 221, Bauhilfsarbeiter 15 161, Metallarbeiter 13 927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5485. Von diesen 9 Verbänden waren zusammen 106 834 Personen = 81,4 Prozent der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt 5 934 453 Mark, und wurden von dieser Summe 5 908 144 Mark. aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angriffstreiks 2 293 817 Mark, auf die Abwehrstreiks 1 749 444 Mark, und auf die Aussperrungen 1 798 089 Mark. Es wurden im Jahre 1909 1 457 414 Mark mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfiel eine durchschnittliche Unterstützungssumme von 45,22 Mk. 1908 betrug die Durchschnittssumme nur 35,28 Mk. Die ziemlich bedeutende Steigerung des Anteils pro Beteiligten ist ein Beweis dafür, daß die Kämpfe des Jahres 1909, in ihrer Mehrheit, von längerer Dauer als wie im Vorjahre gewesen sind.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 121 171 der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug insgesamt 2 247 512 Tage. Davon entfielen auf die männlichen Personen 2 148 090 und auf die weiblichen Personen 99 422 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den männlichen Personen 10 069 827 Mk. und bei den weiblichen Personen 168 108 Mk., zusammen 10 237 935 Mk. Von den insgesamt an den Kämpfen beteiligten Personen waren 109 882 männliche und 6402 weibliche in den Streiklisten eingetragen. Von diesen eingetragenen Personen gehörten bei Beginn der Kämpfe 94 924 männliche und 4846 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres beendet gewesenen Kämpfen wurden 1434 = 69,5 Proz. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

Aus der Partei.

Preussische Rechtspflege. Genosse Dahl von der „Furter Tribüne“ wurde wegen eines Artikels „Preussische Rechtspflege“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. In dem Artikel wurde erzählt, daß der Stadtwachtmeister Hartwig aus Labiau bei einer durch die Umstände gar nicht einmal gerechtfertigten Verhaftung einen Arbeiter mit dem Säbel zum Krüppel geschlagen habe, daß dann aber nicht der Stadtwachtmeister Hartwig, sondern der Arbeiter auf die Anklagebank kam und verurteilt wurde. An diese Tatsachen waren einige kritische Bemerkungen geknüpft, die als Verleumdung der königlichen Richter und der Staatsanwaltschaft betrachtet wurden. — Staatsanwalt Kunze hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreicher Löhnerstreik in Bunzlau. Nach beinahe 15 wöchentlichem Kampfe ist in Bunzlau die Arbeit von den Löhnern wieder aufgenommen worden. Von den Unternehmern wurde eine 3prozentige Lohnerhöhung und der Abschluß eines Tarifes mit dreijähriger Gültigkeitsdauer zugestanden. Einem früheren Schiedsgerichtsbespruch, wonach im ersten Jahre 6, im zweiten 8 und im dritten 10 Proz. Zulage gegeben werden soll, wollten sich die Unternehmer nicht fügen. Jetzt sind sie gezwungen worden, den Durchschnitt der Lohnerhöhung schon vom ersten Jahre ab zu zahlen. Da eine Anzahl von Ausständigen immer noch ohne Arbeit ist, ist Zugang von Löhnern nach Bunzlau fernzuzuhalten.

Das Hoch am Bismarckdenkmal in Frankfurt a. M. Das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. verhandelte Mittwoch noch einmal über die bekannte Geschichte mit dem Hoch des Genossen Wendel am Bismarckdenkmal. — Die gegen das freisprechende Erkenntnis der Strafkammer eingelegte Berufung des Staatsanwalts wurde verworfen; die Kosten trägt die Staatskasse.

In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Schiele u. Co. in Frankfurt a. M. — Eschborn ist wegen der Willkürherrschaft eines Meisters ein Streik fast sämtlicher Arbeiter ausgebrochen; es kommen etwa 400 Mann in Betracht.

Im Eisenwerk in Ars an der Mosel wurde durch Maureranschlag bekannt gemacht, daß am 15. September eine Lohnreduzierung erfolgt. Im Werk sind etwa 450 Arbeiter beschäftigt.

Streikbewegung im Auslande.
England. Eine eigenartige, aber wirkungsvolle Demonstration veranstalteten etwa 100 Arbeitslose in Manchester. Nach einer Versammlung im Freien zogen sie gegen Abend geschlossen in eine nahe Kirche und hielten dabei eine Abendversammlung ab, in der das „Recht auf Arbeit“ sehr energisch propagiert wurde. Sie machten sich darauf in den weiten Kirchenstühlen recht bequem. Die Polizei, die dem Zuge gefolgt war, um Unruhen zu verhüten, störte die Arbeitslosen nicht, mußte sie aber am nächsten Morgen auf Veranlassung der nominellen Besitzer der Kirche hinausweisen.

Unter den Eisenbahnern herrscht andauernd große Unzufriedenheit. Sie behaupten, daß die Entscheidungen der Schiedsrichter in den letzten Streitfällen von den Gewerkschaften falsch ausgelegt wurden. Den Gewerkschaftsführern gelingt es nur mit Mühe, Streiks zu verhindern, da die Arbeiter des ewigen Wärrerens gerade während der Reisezeit müde sind. In Irland sind in letzter Woche

wieder mehrere partielle Eisenbahnerstreiks ausgebrochen. — In Edinburgh drohen die Buchdrucker mit Arbeitsniederlegung, wenn ihnen nicht Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gewährt werde. Unternehmer und Arbeiter sind fast ausnahmslos organisiert.

Frankreich. Die Forderungen der streikenden Hochosenarbeiter in St. Auster wurden bewilligt. — Dem erfolgreichen Streik bei der Pariser Konfektionsfirma Esders sind eine ganze Reihe ähnlicher Bewegungen gefolgt, an denen über 500 Konfektionschneider und Schneiderinnen beteiligt sind. — Der Streik der Pariser Klempner und Dachdecker, an dem über 15 000 Arbeiter beteiligt sind, dauert unverändert fort.

Belgien. In Grammont streikten etwa 1000 Arbeiter der Streichholzfabriken, deren Löhne vielfach 2 Mk. bis zu 1,80 Mk. pro Tag betragen. Der Streik wurde durch den Kontraktbruch der Unternehmer heraufbeschworen. Diesen Kontrakt hatten die Arbeiter im vergangenen Jahre nach sechsmonatlichem Streik erzwungen.

Kanada. In Winnipeg (Kanada) wurden infolge eines partiellen Streiks sämtliche Bauarbeiter, über 5000, ausgesperrt. Die Unternehmer wollen die Organisation der Arbeiter ein für allemal erledigen.

Verenigte Staaten. In Pittsburg streikten über 1000 Kesselschmiede und Eisenschiffbauer. Sie verlangen Wiederherstellung der Löhne, die vor dem Ausbruch der Krise gezahlt wurden, was eine Erhöhung um etwa 5 Proz. bedeutet. Den achtstündigen Arbeitstag erkämpften sie sich schon vor Jahren. Auch die Aussichten für die jetzige Bewegung sind sehr gut. — Mehrere hundert italienische Erdarbeiter der Erie-Eisenbahngesellschaft hatten, als man ihre Löhne kürzte, auch ihre Schaufeln und Spaten entsprechend verkleinert. Erst, als der alte Lohn wieder gezahlt wurde, verstanden sie sich wieder dazu, volle Arbeit zu leisten. — Mehrere hundert Agenten und Einkassierer der großen Metropolitan-Lebensversicherungsgesellschaft in New York haben die Arbeit eingestellt, um bessere Entlohnung zu erhalten. — Der Streik der Schuhmacher in Salem, die ihr Koalitionsrecht verteidigen, erstreckt sich jetzt auf 2000 Mann. — Die New Yorker Motorbroschürenführer erzielten einen glänzenden Sieg nach dreimonatlichem Kampfe. Der Direktor der Gesellschaft, der sich der Anerkennung der Organisation besonders widersetzt, wurde entlassen, die Gewerkschaft anerkannt, die Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt und bestimmt, daß ein Lohn von 2 1/2 Dollar pro Tag gezahlt und der Bedarf an Gasoline von der Firma gestellt wird. Bisher erhielten die Kutscher 15 Prozent von der Einnahme, mußten aber selbst für ihren Verbrauch an Gasoline aufkommen. Durch die Unfähigkeit der Streikbrecher waren während des Ausstandes drei Automobile ganz verbrannt und eine große Anzahl schwer beschädigt worden. — Der Streik der New Yorker Konfektionschneider und Schneiderinnen dauert unverändert fort. Der Gesamtverband der Unternehmervereinigungen steht hinter den Meistern, um die neugegründete Organisation der Arbeiter sofort zu zertrümmern. — Von der Panama-Kanalzone wird berichtet, daß infolge des riesigen Andranges von Arbeitern aller Nationalitäten daselbst große Arbeitslosigkeit und Not herrscht. Solange noch Arbeitermangel für den großen Kanalbau bestand, ließ man sogar die vielen blinden Passagiere der anlaufenden Schiffe landen, ohne die sonst üblichen Formalitäten zu verlangen. Jetzt aber werden solche in großer Zahl wieder in die Länder ihrer Herkunft zurückgeschickt. — Der Streik der Eisenbahner in Columbus, Ohio, dauert fort. Die Börse zeichnete 80 000 Mk. zur Bezahlung der Schulkassen während der Bewegung. 13 städtische Schulkassen verweigerten den Dienst zum Schutze von Streikbrechern. Sie wurden sofort entlassen. — 30 000 Lithographen werden vom 1. Juni 1911 an den Achtstundentag haben infolge eines Übereinkommens mit dem Unternehmerverbande, der diesmal nicht wagte, einen Kampf heraufzubeschwören, obwohl die Organisation der Lithographen erst vor wenigen Jahren infolge eines verlorenen allgemeinen Streiks um die Verkürzung der Arbeitszeit fast gänzlich desorganisiert war. Jetzt zählen die Lithographen wieder zu den bestorganisierten Gewerkschaften.

Australien. In Adelaide streikten die Schiffszimmerer, um die 48stündige Arbeitswoche, einen Stundenlohn von 1,50 Mk. statt wie bisher 1,30 Mk., 2,25 Mk. für Überstunden statt 2 Mk. zu erhalten. Die Unternehmer boten zunächst 1,40 Mk., mußten die Forderungen der Streikenden aber bald bewilligen, da alle Verleumdungen, Streikbrecher heranzuziehen, fehlschlugen. — In Neuseeland drohen die Wollscherer mit einem allgemeinen Streik, wenn die Unternehmer ihre Drohung, den Lohn von 20 Mk. auf 17,50 Mark pro 100 Schafe herabzusetzen, durchzuführen, auch wenn das Lohnamt dem Verlangen der Unternehmer nachkommen sollte. Die Wollindustrie ist die bedeutendste des ganzen Landes.

Kommunales.

Bei der Stadtratswahl in Mainz wird die sozialdemokratische Partei selbständig vorgehen. In einer Parteiverammlung wurde auf Antrag des Genossen A. Belung demgemäß beschlossen.

Soziales.

Ein bürgerlicher Genossenschaftstag. Am Dienstag fand in Bad Nauheim der 51. allgemeine deutsche Genossenschaftstag statt. Es handelt sich hierbei um die Genossenschaften der Richtung Schulze-Delitzsch, jene Richtung, die es unter Führung des freisinnigen Landtagsabgeordneten Crüger seinerzeit auf dem Kreuznacher Genossenschaftstag zu einer Trennung von den Arbeiterkonsumvereinen trieb. Crüger vertrat auch jetzt wieder eine Hyper-Neutralität der Genossenschaften; er führte aus: „Zu vermeiden ist die Abhängigkeit der Genossenschaften von wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Unter diesen Nachteilen haben zu leiden die genossenschaftlichen Organisationen des Bundes der Landwirte. Aus den gleichen Gesichtspunkten heraus müssen zurückgewiesen werden die Bestrebungen des Kanabundes, genossenschaftliche Organisationen zu schaffen. Hierher gehört ferner auch die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Genossenschaftswesen. Wir müssen uns auch wenden gegen das Aufbaugesystem der Hamburger Großkaufmannsvereine, unter deren Einfluß die großen Konsumvereine die kleinen verschlingen und selbständige Produktionsgenossenschaften ihr Leben lassen

müssen. Krüger fand mit diesen Ausführungen keinen Widerspruch, was weiter nicht Wunder nimmt, denn es waren eben nur Geschäfts-Genossenschaftler und eine große Anzahl Vertreter von Behörden anwesend. Nach Krügers Angaben bestehen ungefähr 28.800 Genossenschaften, deren geschäftliche Leistungen auf rund 20 Milliarden zu bewerten sind. Dem Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverband gehören 1868 Genossenschaften an, die am Gesamtergebnis mit 12 1/2 Milliarden Mark beteiligt sind. Das eigene Vermögen aller bestehenden Genossenschaften ist auf 578 Millionen Mark zu schätzen, das Vermögen der Genossenschaften des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes beträgt 314 Millionen Mark.

Ein ärztliches Urteil über die Fleischsteuerung. Bei der am vergangenen Montag in Mannheim abgehaltenen Versammlung gegen die Fleischsteuerung nahm auch der praktische Arzt Dr. Friedmann das Wort. Seine Ausführungen über die Folgen der Unterernährung wirkten geradezu erschütternd auf die Zuhörer. Er sagte: „Früher habe man nur bei jungen Mädchen Blutarmut und Entkräftung festgestellt, jetzt sei sie gang und gäbe auch in der männlichen Arbeiterschaft infolge Unterernährung. Dieser Unterernährung sei trotz aller energischen Maßnahmen die Tuberkuloseziffer nicht gesunken, im Gegenteil, sie nehme zu, weil diese unterernährten Leute völlig widerstandlos sind. Im vorigen Winter sei eine Frau zu ihm gekommen, die bei ihrem Eintritte ins Sprechzimmer ohnmächtig zusammengebrochen sei. Nachdem die völlig entkräftete Frau sich durch Speise und Trank etwas erholt habe, habe sie angegeben, ihr Mann sei mehrere Wochen krank gewesen, sie habe dann durch ihrer Hände Arbeit die Kinder durchschleppen müssen; sie selbst, eine Frau, die sich im 8. Monat der Schwangerschaft befand, habe sich mit Kartoffelschalen ernährt! ... Welchem schlechten Ernährungswesen müßte eine solche Frau das Leben geben. Kein Wunder, daß sich die Strophulose unter den Kindern ganz gewaltig verbreitete. An den Königsberger Herren Professoren sei es gewesen, hier einmal zu dem Kaiser ein offenes Wort über die Lebensmittelsteuerung zu sagen, aber leider habe man hierzu nicht den Mut gefunden. Jeder, der einen Einblick in diese traurigen Verhältnisse erhält, müde notwendig zum Sozialdemokraten.“

Aus Nah und Fern.

Ein „musterhafter“ Ehegatte. Die Potsdamer Ferienkammer verurteilte den Muster Paul Kettig, der als Zuhälter seiner Frau zur Nachtzeit einem Schuhmann Messerstücke zugefügt und auf einen zweiten Schuhmann einen Hund gehetzt hatte, zu fünf Jahren sechs Monaten Gefängnis, 14 Tagen Haft, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht und außerdem nach Verbüßung der Strafe zur Überweisung an die Landespolizeibehörde.

Eine erschütternde Familien-Tragödie spielte sich in Schöneberg bei Berlin ab. Der 62jährige Kaufmann Frhr. v. R. verfiel infolge der Mitteilung der Ärzte, daß das Leiden seiner gleichaltrigen Frau unheilbar sei, in Schwermut. Mittwoch abend begab sich das Ehepaar in die Küche und drehte die Gashähne des Kochherdes auf. Als nach einiger Zeit die Hausbewohner eindrangten, fanden sie die beiden alten Leute eng aneinander geschmiegt tot auf dem Kohlentischen liegend. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Der größte Bahnhof der Welt. Das gewaltigste Bauwerk der Jetztzeit, der neue Leipziger Hauptbahnhof, der auf dem Areal des jetzigen Dresdener, Magdeburger und Thüringer Bahnhofes errichtet wird, macht rasche Fortschritte; die Bauleitung hofft, den Baubeginn innehalten und den Gesamtbau im Jahre 1913 dem Verkehr übergeben zu können. Jetzt ist man mit den Vorbereitungen für die Ausführung der Bahnsteighallen beschäftigt, die in Eisenbeton errichtet werden. Drei riesige brückenartige Bögen, denen sich später noch weitere drei Kielesbögen nach Osten angliedern werden, bilden die Grenze des 270 Meter langen Querbahnsteiges, von dem die Perrons zu den Zügen ausgehen. Vor den sechs Bögen wird sich das Hauptgebäude des Bahnhofes erheben, das mit den einzelnen Bahnsteigen in Verbindung steht. Der neue Zentralbahnhof soll alle Züge in einer gewaltigen Kopfstation vereinigen. Auf 26 Gleisen werden alle Thüringer, preussischen und sächsischen Züge einmünden, so daß sich auch der Durchgangsverkehr rasch abwickeln wird. Die Riesentafel des Bahnhofes wird 300 Meter Breite haben. Die Tiefe entlang den Bahnsteigen soll 320 Meter betragen. Der Personenbahnhof nimmt einen Raum von 96000 Quadratmetern ein. In diesem Hauptgebäude werden Betriebsräume, Post- und Polizeibüreaus, Wäber und unterirdische Gepäckabfertigung untergebracht. Eine wichtige Feuerung wird auch ein besonderer Postbahnhof werden, wo die gesamte Transit- und Lokalfabrikabfertigung erfolgt. Auf 32 Gleisen, die mit je 58 Meter Ladelänge vor diesem Postbahnhofe münden, können gleichzeitig 132 Bahnpostwagen abgefertigt werden. Von gleicher Grösse wie die Personenverkehrsanlagen ist der technische Apparat der Abstell-, Rangier- und Werkstättenbahnhöfe, die sich für die preussischen Linien im Westen und Norden, für die sächsischen im Osten und Süden abheben und bis in die Vororte reichen. Weit verzweigte Verbindungsbahnen führen zu allen Vorortstationen rund um die Zentrale. Die Kosten der gewaltigen Anlage beziffern sich auf 190 Millionen Mark.

Discretion Amtsjahr. Recht eigenartige Formen der Einladungen zu polizeilichen Vernehmungen beliebt der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Böhlow im Kreise Osthavelland. Auf einer offenen Postkarte erhielt ein Arbeiter aus Weisker's Hof von dem Amtsvorsteher folgende Vorladung:

Böhlow, den 2. August 1910.

In Sachen gegen den Arbeiter K. . . wegen Sittlichkeitsvergehens werden Sie hierdurch auf Freitag, den 5. August 1910, vormittags 9 Uhr im hiesigen Amts-bureau vorgeladen bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe für unentschuldigtes Ausbleiben.

Der Amtsvorsteher.

(Stempel)

F. A.: Ebel.

Es muß dringend verlangt werden, daß gegen die Vernehmung von Vorladungen auf Postkarten amtlich eingeschritten wird. Abgesehen davon, daß die Vernehmung des Beschuldigten doch erst durch die spätere Vernehmung der Verhandlung erwiesen werden soll und der Beschuldigte daher ein Recht hat, daß die ihm vorgeworfene Vernehmung nicht schon vor der Aburteilung als ein feststehendes Faktum auf Postkarten bekanntgegeben wird, können auch dem als Zeugen dafür Geladenen große Unannehmlichkeiten aus derartigen Vorladungen entstehen. Sehr leicht kann bei dritten Personen der Anschein erweckt werden, als ob der Geladene selbst an den Vernehmungen beteiligt sei. Wir wünschen und hoffen, daß die vorgelegte Behörde dem Amtsvorsteher Anweisung erteilt in Zukunft solche Vorladungen gefälligst in geschlossenen Zustände zu versenden.

Flucht nach der Urteilsverurteilung. Vor der Strafammer Halle a. S. hatte sich der Währige Handels-

mann Gustav E d n e r wegen Diebstahls zu verantworten. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis. Nach der Gerichtsverhandlung sollte E d n e r, der in Untersuchungshaft genommen worden war, wieder dorthin geführt werden. Auf dem Korridor stieß er aber den Gerichtsdieners betante, entflohen und stürzte sich in die nahe Saale, wo er ertrank.

Familien-drama. Aus Leipzig wird berichtet: Der Agent Becker, der in der vorigen Woche seine beiden Kinder mit Zyankali vergiftet hat, ist ebenfalls vergiftet in einem Gehäuf aufgefunden worden.

Ein Blinder überfahren. Aus Cronberg wird gemeldet: Das Automobil des Bankiers Gans-Frankfurt a. M. überfuhr auf der Chaussee Cronberg-Königsstein den blinden Privatier Franz Münzel und seinen Bruder Eduard; beide hatten die wiederholten Sirensignale des Chauffeurs überhört. Als dieser letztwärts ausweichen wollte, machte Franz Münzel eine Wendung und rannte in das Automobil. Der Tod trat sofort ein. Sein Bruder blieb unverletzt.

Ein Ehepaar auf dem Großglockner verunglückt. Bei dem Abstieg vom Großglockner stürzten Dr. Schroedl und Gattin aus Wieneneustadt ab. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Verheerungen des Hochwassers. Die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage haben auf der eisigen Strecke Dittersbach-Glah in der Nähe des Bahnhofs Ludwigsdorf einen Dammrutsch verursacht. Der Damm hat sich in einer Länge von etwa 40 Metern mehr als drei Meter gesenkt. Der Güterzugverkehr ist eingestellt, der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Laut amtlicher Meldung wird die Verkehrsstörung voraussichtlich bis Sonntag andauern.

Grabenunglück. Durch Zubrechgehen eines Pfeilers wurden auf Beche Zollverein bei Gelsenkirchen Dienstag früh drei Bergleute verschüttet. Man konnte sich bis zu ihrer Rettung, die am Donnerstag früh erfolgte, mit ihnen verständigen. Es konnte aber nur einer der Verschütteten lebend geborgen werden, die anderen beiden waren tot.

Schmuggereien auf einem Schlachthof. Gegen den Direktor und eine Anzahl Arbeiter auf dem Schlachthof in Seidewitz hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wegen Nahrungsmittelverfälschung. Auf dem dortigen Schlachthof sind in letzter Zeit erhebliche Schmuggereien vorgekommen.

Dem Hochwasser sind in der mährischen Gemeinde Kunowitz zehn Personen zum Opfer gefallen. Hundert Häuser sind eingestürzt, weitere hundert drohen einzufallen. In dem mährischen Bezirk Ungarisch-Altau sind 50 Häuser eingestürzt; eine große Anzahl weiterer Häuser gilt als unrettbar verloren. Zur Hilfeleistung erbetene Pioniere begannen mit den Rettungsarbeiten. Der Regen dauert fort.

Der Typhus. In den Arbeitervierteln Brüssels wurde eine auffallend große Zahl Typhuskranker festgestellt. Es befinden sich in den Spitälern bereits 100 Kranke. Zwei Personen sind gestorben. Die Krankheit wird auf übermäßigen Genuß roher Muscheln zurückgeführt.

Vergiftet. Neunzehn Offiziere der Garnison von Dehanta sind unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt; sie werden nach Sofia transportiert. Man nimmt an, daß die Vergiftung durch unreines Kochgeschir entstanden ist.

Besteht für Deutschland eine Cholera-Gefahr? Professor Emmerich, der bekannte Münchener Hygieniker, antwortete auf eine Anfrage wegen der für Deutschland bestehenden Cholera-Gefahr, daß bei uns in Deutschland für dieses Jahr eine Choleraepidemie als ausgeschlossen gelten kann, weil infolge der anhaltenden Regenperioden die zur Entstehung von Epidemien nötige Disposition des Bodens nicht zustande kommen kann. Wenn dagegen das nächste Jahr sehr trocken wäre, so wäre die Gefahr der Entstehung einer Choleraepidemie in Deutschland sehr groß, besonders, wenn die Choleraströmungen in Italien und Rußland überwintern würden.

Eine Familie vergiftet. In Böhmisches-Leipa erkrankte die Familie des Schneidermeisters Böhm nach dem Genuß von Wurst. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist das Ehepaar nebst seinen drei Kindern unter schrecklichen Schmerzen verstorben. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, da sie ein Verbrechen vermutet.

Eingestürztes Karussell. Wie die „Pfälzische Presse“ aus Albersweiler meldet, ist dort ein Karussell, das von 80 Kindern besetzt war, eingestürzt; die Kinder erlitten teilweise schwere Verletzungen.

Felssturz. Nach der Meldung aus Junsbrunn vom Mittwoch ging nahe der Station Hintergasse der Arbergbahn ein großer Felssturz nieder. Die Gleise und ein Teil eines Güterzuges wurden verschüttet. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch werden Bahn und Telegraph voraussichtlich auf zwei Tage gestört sein.

Überfall auf eine russische Heilanstalt. Wie aus Warschau gemeldet wird, überfielen sieben verurteilte Banditen die in Rußisch-Polen bekannte Heilanstalt des Dr. Garemiz in Orwoz. Sie drangen in die Anstalt ein, kneten den Portier und das Dienstpersonal und zwangen den Direktor mit vorgehaltenen Revolvern, mehrere Tausend Rubel herauszugeben. Unter den Pflegenden entstand eine große Panik. Als im Hof ein Wagen vorfuhr, ergriffen die Räuber die Flucht. Die Gendarmen haben im Anstaltspark zwei verdächtige Personen verhaftet.

Feuer auf einem amerikanischen Kriegsschiff. Nach einer Meldung aus Fort Monroe sind auf dem Linienschiff „North Dakota“ in der Gegend von Ocean City die Tanks in Brand geraten. Ein Lazarettschiff ist zur Hilfeleistung abgegangen. Das Brandunglück ist nach späteren Meldungen durch die Explosion eines Fasses Öl im Heizraum herbeigeführt worden. Das Feuer wurde durch Unterwasserfernen des betreffenden Raumes gelöscht. Eine nichtamtliche, beim Marineministerium eingegangene Depesche meldet, daß bei dem Brand auf der „North Dakota“ drei Mann den Tod gefunden und 11 Mann Verletzungen davongetragen haben.

Von den Wellen fortgerissen. Aus Bordeaux wird gemeldet: Ein 17 Jahre altes Mädchen, das in Begleitung seines Verlobten, des Schiffsführers David, bei Tromblade badete, wurde von den Wellen fortgerissen und ertrank. Der Bräutigam ertrank bei den Rettungsversuchen ebenfalls.

Bürgerliste.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Schuhmacher Ahlgrimm. Schriftf. Amann. Kaufmann Appel. Pförtner Brehmer. Feuerwehrmann Carlens. Arbeiter Goldammer in Rüditz. Tischlergeselle Greve. Arbeiter Geest. Arbeiter Kähler. Lagermeister Klempau. Oberpostassistent Pau. Laternenwärter Dienst. Bureau-dienstler Dienhöft in Rüditz. Arbeiter Lübr. Schlossergeselle

Minde. Arbeiter Müller. Wälderbaumpektor Kreuzer. Arbeiter Otto. Arbeiter Richard. Eisenbahnassistent Schwohn. Güterschreiber Stein. Arbeiter Tamm. Buchhalter Weber in Schlutup. Kunst- und Handlungsmann Wünsch.

Sie haben am 27. August 1910 vor dem Senate des Bürgereid geleistet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zur Erlernung des Haushalts.

Wir erfahren von einer Lübeckerin: Um meine Mitbewohner vor ähnlichen Mißgeschicken zu warnen, möchte ich folgendes voröffentlich machen: Vor längerer Zeit kam ich in das Haus eines Offiziers, der in der Nähe der lothringischen Grenze eine Besitzung hatte, um den Haushalt zu lernen und mich gleichzeitig in der französischen Sprache weiterzubilden. Ich kannte die betreffende Herrschaft vorher nicht, sondern erfuhr die Adresse derselben durch eine Zeitschrift. Wir setzten uns brieflich in Verbindung und die Mitteilungen des Herrn ließen vermuten, daß der Aufenthalt in seinem Hause allen unseren Wünschen entsprechend und der denkbar angenehmste sei.

Leider verhielt es sich in Wirklichkeit nicht so. Die Pensionärinnen dienten vor dem Zweck, das an Zahl sehr mangelhafte Dienstpersonal zu vervollständigen. Es befand sich ein einziges fünfzehnjähriges Dienstmädchen im Hause, das vom frühen Morgen bis zum späten Abend herumgehst wurde und wochenlang auch Sonntags keine freie Stunde hatte. Den Pension bezahlenden jungen Mädchen erging es nun nicht viel besser. Den ganzen Tag mußten sie in der sehr großen Besitzung tätig sein und die geringsten dort vorkommenden Arbeiten verrichten. Das wäre nun wohl an und für sich nicht so schlimm gewesen, aber auf diese Art und Weise konnte von dem, was man eigentlich unter „Haushalt lernen“ zu verstehen pflegt, „Kochen, Nähen“ usw., keine Rede sein, abgesehen davon, daß der Hausstand und seine Führung sehr wenig Lernenswertes zu bieten vermochte. War es nun schon „wenig vornehm“, junge Damen, deren Geld man nahm, auszunutzen, so konnte die Behandlung, der man ständlich ausgesetzt war, nur „empörend“ genannt werden. Diese Leute, welche sich doch zu den „gebildeten“ rechneten, übertrafen einander an beleidigenden und unflätigen Ausdrücken; auch setzten sie ein ungewöhnliches Geschick, ihre Umgebung auf eine Art und Weise, die ihre unschöne und niedrige Gesinnung zur Genüge kennzeichnete, maßlos zu quälen. Allerdings verstand die Frau des Hauses es meisterhaft, ihre Handlungen in ein glänzendes Licht zu stellen, und sich mit dem Glorienschein einer Heiligen zu umgeben, so daß man sich wohl eine Zeitlang dadurch täuschen lassen konnte.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich durch die für mich zu anstrengende Tätigkeit, hauptsächlich jedoch durch die großen Aufregungen, mit denen mein Aufenthalt dort verknüpft war, Schaden an meiner Gesundheit genommen habe.

Wäre es im Interesse der Allgemeinheit nicht wünschenswert, solche Häuser so zu kennzeichnen, daß es ihnen Bewohnern zur Unmöglichkeit würde, ihren Mitmenschen irgendwelches Unheil zuzufügen? Sicher ist das doch im Sinne aller derer, welchen die Lösung der sozialen Frage warm am Herzen liegt.

Eine Lübeckerin.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Mittwoch, den 7. September.

D. Ascania, Kap. Brinckmann, von Kolbing, 14 St.

D. Jrsa, Kap. Andersen, von Kolbing, 12 St.

Donnerstag, den 6. September.

D. Malmö, Kap. Jollin, von Kopenhagen, 12 St.

Rival, Kap. Bront, von Stockholm, 5 St.

Kolibri, Kap. Mattsson, von Lysekil, 8 St.

Christian, Kap. Mortensen, von Köping, 5 St.

Richard, Kap. Larsen, von Klagshamn, 3 St.

Seeja, Kap. Jorinius, von Kälsö, 7 St.

D. Britannia, Kap. Stoll, von Emden, 2 St.

Sivia, Kap. Blom, von Nyttad, 7 St.

Wega, Kap. Andersen, von Lysekil, 3 St.

D. Hammar, Kap. Nielsen, von Horsens, 12 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, den 7. September.

D. Stralsund I, Kap. Raddaß, nach Stettin.

D. Storfurten, Kap. Lindberg, nach Danzig.

D. Ruhland, Kap. Günnerden, nach St. Petersburg.

D. Gauthod, Kap. Rosengreen, nach Stockholm.

D. Najaden, Kap. Stenselt, nach Kopenhagen.

Donnerstag, den 8. September.

D. Juna, Kap. Zum Buttel, nach Rotterdam.

D. Jrsa, Kap. Andersen, nach Malborg.

D. Fehmarn, Kap. Schacht, nach Fehmarn.

Schiffsbewegungen.

D. Luna ist Mittwoch abend von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Svithod ist gestern vormittag von Kalmars auf hier abgegangen.

D. Hansa ist gestern vormittag in Wismar angekommen.

D. Adin ist gestern morgen in Kronstadt angekommen.

D. Trave ist Mittwoch abend von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. Borthan ist Mittwoch abend von Hangö auf hier abgegangen.

D. Stadt Lübeck ist gestern mittag in Memel angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 8. Sept.

Auftrieb 218 Schweine. Der Handel war langsam Markt geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter, nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64.— bis 65.— (51,00 bis 52.— ME.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 64.— bis 65.— (51.— bis 52.—) ME. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65.— bis 66,50 (50,50 bis 51,50) ME. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65,50 bis 66,00 (50,50 bis 51,50) ME. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) ME. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 62,00 (48,00 bis 49,50) ME. Sauen, 2. Qualität, Tara 24 Prozent, 54,00 bis 59,00 (42,00 bis 46,00) ME.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellingsma. Verleger: F. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sammler in Lübeck.

Sonnabend: Ausnahmepreise für Konfitüren

Block-Schokolade garantiert rein	Pfd. 60 Pf.
Bruch-Schokolade garantiert rein	Pfd. 70 Pf.
Konsum-Kakao garantiert rein	Pfd. 80 Pf.
Kunst-Honig in Schraubgläsern	Pfd. 40 Pf.
Bienen-Honig garantiert rein	Pfd. 75 Pf.
Volks-Kakes	Pfd. 32 Pf.
Haushalt-Kakes	Pfd. 45 Pf.
Wilhelm-Kakes	Pfd. 60 Pf.
Marmelade	in 5-Pfd.-Eimer 110 Pf.

Rudolph Karstadt, Lübeck Ecke Breitestraße u. Johannisstraße.

Zum 1. Oktober ein großes leeres Zimmer zu vermieten
Vorwerk bei Lübeck, Bogenstraße 9b.
Zu sogleich oder 1. Oktober 2 H. Wohnungen zu vermieten
Stavenstraße 27/14.
Zu kaufen gesucht eine Wasser- pump, circa 60 Ztm. Höhe.
Angebote mit Preisang. u. M J 36 an die Exped. d. Bl.
Ein blauer Kinderwagen mit Gummireifen für 12 Mk. zu verkaufen
Stittenstraße 6, pt.
Zu verkaufen ein fast neuer Babykorb
Glandorffstraße 26, II.
Eine Traillens-Kinderbettstelle mit Matratze und einer Gastampe sind billig zu verkaufen
Wakenhauer 5 a, I.
Dunkler Jacketanzug, überzieher, Wollhose, Kleiderröcke, Damen- Jackett, Stiefel, Kindersachen billig zu verk.
Friedenstraße 82, pt.
Verloren ein Kettenring.
Bitte abzugeben gegen gute Be- lohnung in der Exped. d. Bl.

Schneiderin empf. sich
Brieststraße 4, I.
Zum Anfertigen von Damen- und Kindergarderoben empfiehlt sich
Gr. Burgstraße 37, I., Hilgaf.

Ausgekämmtes Haar
kauft
Otto Gerwinsky, Dornestr. 49 a.
Jedes Quantum gebrauchte
Kanister
kauft **Georg Bornhöft, Lübeck.**

Damen-Hüte
werden chic und billig garniert und aufgearbeitet.
Anny Ehlers, Meiserstr. 34I.

 **Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**
Alle Fabrikate werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Be- dienung. Email, Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Wörl. Allee 6a. Fernspr. 352.

 **Uhren u. Goldwaren**
Trauringe 333 u. 585 gef. anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Urem.,
Königstr. 62, b. d. Dürst.
Geberote Rabattmarken

Neu eingetroffen:
Halbstiefel, Rindl. 7.75, 9.50, 10.00
Arbeitschuhe u. Stiefel 5.75, 6.25, 7.50
Knaben-Schulstiefel, Hartf. 5.75
Sämtliche Vorkauf-Sachen.
H. Beckmann
Meiserstraße 3.
Rabattmarken. Reparaturwerkst.
Empfehle

Prima Ochsenfleisch
sowie sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren
ff. Aufschnitt
Jeden warmen Knackwurst.
Heinrich Stuhr, Meiserstr. 13.
22 Fünfhausen 22

Prima junges Schweinefleisch Pfd. 60
junges Rindfleisch 60
prima Flomen 70
Kartoffeln 80
Johann Möller.

Neu eingeführt: Heidelmanns Bauernbrot

aus der Dampfbäckerei E. Heidelmann-Hamburg. — Täglich frische Lieferung.
Zur Einführung erhält jeder Käufer am **Sonnabend, dem 10. September, und Sonntag, dem 11. September,** bei Einkauf von 80 Pfg. einen hochfeinen
Korinten-Klöben gratis.

Wir liefern:

Feinbrot	Schwarzbrot
ca. 3 1/2 Pfund für 45 Pfg.	ca. 6 1/2 Pfund für 60 Pfg.
ca. 4 1/2 " " 60 "	ca. 4 1/2 " " 45 "
ca. 2 " " 30 "	ca. 3 " " 30 "
	ca. 9/4 " " 85 "

Bauernbrot 30 und 60 Pfg. Angeschobene 45 Pfg.

Ferner offerieren wir:
Allerfeinste Meierei-Butter Pfd. 1.30 Mk.
Feine Meierei-Butter " 1.19 "
Prima dän. Blasenschmalz " 0.80 "
Tilsiter Käse, Schweizer Käse,
Holl. Käse, Edamer Käse
in allen Preislagen.

Scharnberg & Co., Lübeck, Markt 5, Kohlmarkt 8.

Allerfeinste Tafelbutter Pfd. 1.25 Mk.
Große hiesige Zwetschen Pfd. 10 Pf.
Eß- u. Kochbirnen Pfd. v. 12-18 Pf.
Eß- u. Kochäpfel Pfd. von 10-20 Pf.
la. gelbf. Kartoffeln 10 Pfd. 35 Pf.
Pa. schwed. Kronsbeeren
empfehlen zum Tagespreis
Wilhelm Süke
Warendorffstr. 25. Fernspr. 1746.

Die erste Ladung
seiten schöner
Magnum bonum
ist eingetroffen und empfehle:
10 Pfd. nur 35 Pfg.
1 Ztr. nur 3.10 Mk.

Carl Fr. Timm
16 Glockengießerstr. 16
en gros Kolonialwaren en detail.
Fernruf 2414.

Empfehle diese Woche:

Pa. fett. Rindfleisch Pfd. 65-70 Pfg.
Bratenstücke " 70-75 "
Kohlfleisch " 90 "
Gehacktes u. Gulasch 80 "
Schweinefl. Bratst. 75-80 "
Hammeffl. 80, Keule 90 "
Kalbsteck Pfd. 70-75 "
geräucherter Wurst Pfd. 1 Mk.

H. Atmer, Schlachtereier
Königsstraße 48b.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Oswald Heine
Gronsforder Allee 37 a.

Empfehle jeden Sonnabend
warme Knackwurst.
F. Köhn.
Von jetzt an wieder jeden
Sonnabend
warme Knackwurst.
Wilhelm Rieck,
Fackenburg Allee 73.

Empfehle
la. fettes Fleisch
dicke Flomen.
Von jetzt an jeden Sonnabend
● **heiße Knackwurst.** ●
Johs. Fiseher,
Meiserstraße 8. Telefon 1744.

Uhren gratis!!

Sammelt Sparmarken.
Marke „Palmco“
allerfeinste Pflanzenbutter, pro Pfund nur 80 Pfg.
Marke „Spezial“
feinste Tafel-Margarine, pro Pfund nur 70 Pfg.

Jedes Pfund enthält eine Sparmarke.

Wer 120 dieser Marken zurückbringt, erhält eine
hochfeine, tadellos gehende
Herren- oder Damen-Uhr gratis!
Überall erhältlich!

General-Vertreter C. P. Andresen & Co.,
Lübeck. Fernsprecher 2366.

Meiereibutter Pfd. 125 Pf.
Speck, fett u. mager Pfd. 90
Schweizer Käse 80
Tilsiter Fett-Käse 60
Guter Käse 40
9 Stück Eier 60
10 Sommer-Seringe 45
2 große Salzgurken 15

Margarine
1 Pfd. 60, 70, 80 u. 85 Pf.
2 " 115, 135, 155, 165 "
Weiß. Kochäpfel Pfd. 10 "
Tafeläpfel 2 Pfd. 25, 10 Pfd. 110 "
Einf.-Birnen 2 Pfd. 25, 10 Pfd. 110 "
Tafelbirnen Pfd. 20 "
Zwetschen z. Einf. Pfd. 10 "

Eduard Speck, Gürstraße 80 und 82.

Pa. dicke Flomen,
Pa. Schweinefleisch, 70
Bratenstücke, pro Pfd.
Pa. fr. Naden z. Füllen 80
Geräuch. Schweinsbäcken
ohne Knochen per Pfd. 75
Pa. weiß. Schmalz Pfd. 85
b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 80
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 90
b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 85
Pa. gef. Mett- und Leber-
wurst Pfd. 70
Braunsch. Wurst 80 u. 60
Pfeckwurst Pfd. 50
Ruheuter v. 2 Pfd. pr. Pfd. 45
Jeden Sonnabend von 6 Uhr an
heiße Knackwurst.
ff. Aufschnitt pro Pfd. 1 Mk.
M. Lahrz, Röttcherstr. 16.

Empfehle weiner
werten Rundschaft
prima
Füllen fleisch.
Heinr. Dieckvoss, Ober-
trave 12.
Salte allen Freunden und
Bekanntem mein
Restaurant „Holstenkrug“
bestens empfohlen.
Hugo Boysen
Holstenstraße 37.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Eichede
am Sonntag, dem 11. September
Abfahrt 11 Uhr vormittags von der
Mühlentorbrücke.
Fabrikmart 1.
Der Vorstand.

Zentral-Verband
d. Maschinisten u. Heizer.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 10. Sept.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Freie Jugendorganisation.
Sonntag, den 11. Septbr. 1910:
Ausflug ins Gehölz.
Treffpunkt: Burgtorbrücke 3 Uhr
nachmittags.
Bei schlechtem Wetter 4 Uhr Ver-
anstaltung im Vereinshaus.
Der Jugendauschuss.

Zum Erntebier
am Sonntag, 11. Septbr.,
ladet freundlichst ein
Wilh. Meyer
Krempelsdorf.

Hansa-Theater
Anfang des Konzerts 8 Uhr,
der Vorstellung 8 1/4 Uhr.
Bombenerfolg
erzielt allabendlich
Bienenstein
Nur noch kurze Zeit!
Der Schrei nach dem Kinde.
Dazu Gastspiel:
Mad. Stefanie
Primadonna des K. K.
Theaters Wien überall
Tagesgespräch
und die
übrigen Attraktionen.

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck

Holstenstr.

Waggon: Steingut und Porzellan
zu auffallend billigen Preisen.

Ess-Service elfenbein, 28teilig	4 ⁹⁵	Kaffeekannen Porzellan	75 ⁴⁸
Ess-Service 28teilig, blau dekoriert	6 ⁹⁵	Kaffeekannen gereift	78 ⁵⁸
Kaffee-Service Porzellan, dekoriert, 9teilig	2 ⁶⁵	Kaffeekannen Goldlinien	1 ²⁵ 95 ⁴⁸
Speiseteller tief und flach	6 ⁴⁸	Milchtöpfe Satz 6 Stück dekoriert	1 ¹⁵ 115 ⁴⁸
Speiseteller gereift u. Feston	9 ⁴⁸	Kuchensatz siebenteilig	1 ³⁵ 135 ⁴⁸
Speiseteller Porzellan	22 ¹⁸	Rahmservice auf Tablett	1 ¹⁰ 110 ⁴⁸
Bratenplatten Porzell.	85, 55, 35 ⁴⁸	Kaffeetassen Porzellan	22 ¹²
Gemüseschalen rund	30 ²⁶	Obertassen u. Becher	8 ⁴⁸
Salatièren Satz 6 Stück	1 ⁰⁵ 105 ⁴⁸		
Saucières Porzellan	78 ⁴⁸		
Suppen-Terrinen Porzellan	1 ³⁵ 135 ⁴⁸		
Wasch-Service mit schönem Dekor, 4teilig	1 ²⁵		
Wasch-Service moderne eckige Form, 5teilig	2 ⁸⁵		
Waschbecken	95 ⁴²	Gemüsetonnen	Stück 12 ⁴⁸
Waschkannen	48 ⁴⁸	Gewürzttönnchen	Stück 6 ⁴⁸
Nachtgeschirre	45 ⁴⁸	Milchtöpfe	Stück 25 ¹⁰
Seifenschalen	10 ⁴⁸	Spülkannen	Stück 18 ⁴⁸
Tonnengarnitur Rosen dekoriert, 22teilig	6 ⁹⁵		
Tonnengarnitur Moderne Form, 22teilig	8 ⁹⁵		
Tonnengarnitur Gold dekoriert, 22teilig	10 ²⁵		

Lampen und Kronen

Flurlampen m. bronziert. Arm	58 ⁴⁸	Hängelampen bronz. 5.65 M.	4 ²⁵ 425 ⁴⁸
Tischlampen Metallfuß m. Glasvase	1.95 M. 1 ⁶⁵ 165 ⁴⁸	Hängelampen Majolikabassin	9.65 M. 6 ⁹⁵ 695 ⁴⁸
Tischlampen Fuß garn. Messing	2.95 M. 2 ³⁵ 235 ⁴⁸	Hängelampen Messingbassin	9.45 M. 8 ⁶⁵ 865 ⁴⁸
Tischlampen Majolika	4.65 M. 3 ⁹⁵ 395 ⁴⁸	Petrol-Kronen Majolikabassin	18.50 M. 14 ⁵⁰ 1450 ⁴⁸
Tischlampen Bassin und Fuß	Messing 6.45 M. 5 ⁹⁵ 595 ⁴⁸	Petrol-Kronen Messingbassin	28.00 M. 14 ⁵⁰ 1450 ⁴⁸

Gas- u. elektr. Kronen ! enorm preiswert
in großer Auswahl

EIN GROSSER POSTEN

Damen-Blusen

in Safin-Flanell, Tennis und Velour

Serie I 1⁹⁵ M.

Serie II 2⁹⁵ M.

Bedruckte Velours	Meter 60 ⁴⁸ und 45 ⁴⁸
Bedruckte Satin-Flanelle	Meter 65 ⁴⁸
Velour-Rockstoffe	Meter 65 ⁴⁸
Schürzenstoffe	Leinen Nachahm., ca. 120 cm breit 65 ⁴⁸
Bunte Kaffee-Decken	Stück 95 ⁴⁸
Weiß Kissenbezüge	mit Imit. Klöppeleinsatz Stück 95 ⁴⁸
Bettlaken	Ia Grastuch, 2 m lang, gebrauchsfertig 1 ⁶⁵ 165 ⁴⁸
Velour-Unterröcke	mit anges. languettiert. Volant 1 ⁵⁰ 150 ⁴⁸

EIN GROSSER POSTEN

Sammet-Gummi-Gürtel 1³⁵ M.
mit apertem Schloss

Seidene Herrenkrawatten	Schleifenform 60 ⁴⁸
Seidene Herrenkrawatten	lange Form 75 ⁴⁸
Stehkragen	garantiert 4fach 28 ⁴⁸
Stehumlegekragen	4fach 45 ⁴⁸
Manschetten	garantiert 4fach 48 ⁴⁸
Farbige Garnituren	Serviteur und Manschetten 65 ⁴⁸
Steife Herrenhüte	moderne Form 3 ⁶⁰ 2 ⁹⁵ 360 295 ⁴⁸

EIN GROSSER POSTEN

Korsette

Jacquard-Korsette
moderne niedrige Form

1³⁵ M.

Frack-Korsette
mit Spiral-Einlage

1⁷⁵ M.

Direktioir-Korsette
Pariser Form

2⁹⁵ M.

In der Lebensmittel-Abteilung enorm preiswert!

Ia. Schweizerkäse	Pfd. 78 ⁴⁸
Ia. Edamerkäse	Pfd. 1 ⁰⁵ 78 ⁴⁸
Ia. Holländer Käse	Pfd. 80 ⁴⁸
Ia. Tilsiter Käse	Pfd. 68 ⁴⁸ 58 ⁴⁸ 48 ⁴⁸
Ia. Gorgonzola	Pfd. 1 ²⁰ 120 ⁴⁸
Ia. Roquefort	Pfd. 1 ⁸⁰ 180 ⁴⁸
Tafel-Romadour	Stück 24 ⁴⁸
Camembert	Schachtel 24 ⁴⁸
Algäuer Stangenkäse	Pfd. 58 ⁴⁸
Palmitin Reines Pflanzenfett	Pfd. 70 ⁴⁸
Schweineschmalz gar. rein	Pfd. 78 ⁴⁸

Feinste Meierei-Butter Pfd. 1³⁵ M.

Grosse Ladungen

Schwedische

Kronsbeeren

in 10-Pfd.-Körben brutto für netto

Pfd. 24⁴⁸

Zum Einmachen

Hut-Zucker

in Broden von ca. 20 Pfd.

Einmaliger Extrapreis Pfd. 26⁴⁸

Feinste gelbe

Bananen

10 Stück 38⁴⁸

Weintrauben	Pfund 30 ⁴⁸
Tomaten	Pfund 25 ⁴⁸
Kochäpfel	Pfund 12 ⁴⁸
Birnen rot kochend	Pfund 12 ⁴⁸
Zitronen	Dutzend 55 ⁴⁸
Grüne Bohnen	2 Pfund 13 ⁴⁸
Junger Spinat	Pfund 10 ⁴⁸
Frischobst-Marmelade	5 Pfund 1 ⁰⁵ 105 ⁴⁸
Pflaumenmus	5 Pfund 1 ²⁰ 120 ⁴⁸
Mischhonig	10 Pfund 2 ⁹⁵ 295 ⁴⁸
Kakao garantiert rein	Pfund 78 ⁴⁸

Feinster holstein. Bienenhonig Pfd. 95⁴⁸

Internationaler Genossenschaftstag in Hamburg.

Hamburg, 5. September.

Von der Beratung des Statuts — die Zweckbestimmungen des Internationalen Genossenschaftsbundes haben wir bereits mitgeteilt — ist noch folgendes nachzutragen: Der Entwicklung des Genossenschaftswesens Rechnung tragend, wird vorgeschlagen, die Gewinnbeteiligung unter die Zwecke des Bundes nicht mehr aufzunehmen, ein nicht zu verkennender Fortschritt. Was den Aufbau des Bundes anlangt, wird ausgeführt, daß zweifellos einmal die Zeit kommen werde, wo der Internationale Bund sich allein auf nationalen Verbänden aufbauen kann, in der Gegenwart ist es aber noch nicht möglich. Außer einzelnen Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden sind auch Gesellschaften zugelassen, die, ohne selbst Genossenschaften zu sein, die Förderung des Genossenschaftswesens bezwecken. Die Mitarbeit solcher Propaganda-Gesellschaften, wie zum Beispiel das „Vellevero“ in Finnland, könne dem Bund nur erwünscht sein, liegt deren Tätigkeit doch in der gleichen Richtung wie die des Bundes. Auch die individuelle Mitgliedschaft ist zulässig, da es Leute mit großen Verdiensten um das Genossenschaftswesen gebe, deren Mitarbeit man nicht entzagen wolle. — Der § 7 proklamiert die politische und religiöse Neutralität des Bundes. Diesem gehören aber mehrere Genossenschaften an, die sich in den Dienst einer politischen Partei stellen, und der Ansicht sind, daß die Genossenschaften mit anderen politischen und sozialen Organisationen zusammenarbeiten müssen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen. Der Zentralvorstand glaubt, auch diese in Belgien, Frankreich und Österreich befindlichen Genossenschaften nicht von der Mitarbeit im Bund ausschließen zu sollen und beschränkte sich deshalb auf die Forderung, daß „alle Mitglieder die politische und religiöse Neutralität des Bundes selbst respektieren sollen.“ — Der Beitrag an den Bund wird, je nach dem sozialen, regionalen oder nationalen Wirkungsbereich und je nach dem Umfang dieser Organisationen, im Minimum auf 12 bis 200 Mk. pro Jahr bemessen.

Das Gesamtstatut wurde en bloc gegen eine Stimme angenommen.

In der Sitzung am Dienstag gelangte der dritte Punkt zur Verhandlung: Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft. Dieser Gegenstand ist in vier Abschnitte zerlegt:

- a) das Konsumgenossenschaftswesen;
- b) das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen;
- c) das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen;
- d) was können die Baugenossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen?

Über den ersten Abschnitt referiert Dr. Hans Müller-Büch. Nach einem Überblick über den Stand und das Wesen der Genossenschaften entwickelt Redner die Ansicht, daß es eine grundsätzliche politische Abstinenz für die Genossenschaften nicht geben könne. Daraus folge aber keineswegs, daß die Konsumvereinsbewegung nun den Charakter einer Art von politischer Partei annehme und sich ein eigenes politisches Programm geben müsse. Sie behalte im Grunde zu ihrem Gebeihen nur, daß man sie in Ruhe lasse und die staatsbürgerlichen Rechte der Konsumenten nicht antaste. Sie verlange vom Staate gar nichts anderes, als die Aufrechterhaltung der liberalen Grundsätze der Rechtsgleichheit und wirtschaftlichen Freiheit, die Respektierung der Rechte der Genossenschaften, alles das zu tun, was andern Bürgern ebenfalls erlaubt sei. Die Genossenschaften seien an der Gehaltung und loyalen Anwendung derjenigen Grundsätze durch die staatlichen Behörden interessiert, welche in der Verfassung eines jeden modernen Rechtsstaates niedergelegt seien. Zur Bildung einer besonderen politischen Partei liege deshalb kein Grund vor. Wir haben nur dann die Pflicht, in die politische Arena herabzusteigen, wenn an den anerkannten Grundlagen des Rechtsstaates gerüttelt und versucht

wird, diese nach rückwärts zu revidieren. In diesem Sinne können wir von unserer Bewegung behaupten, daß sie eine eminent staatsbehaltende Bewegung sei. — Der Grundsatz der Neutralität besage, daß innerhalb der Genossenschaften allein die Genossenschaftler nach genossenschaftlichen Grundsätzen und Rücksichten ihre Entscheidungen treffen und keinem von außen kommenden Diktat irgend einer Parteiinstanz unterstellt sein sollen. Aber er besage nicht, daß die Genossenschaften in einer ihre Interessen betreffenden Angelegenheit nicht mit einer Partei einmal gemeinsame Sache machen können. Das Neutralitätsprinzip soll die Genossenschaften nicht in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder beschränken, sondern gerade umgekehrt eine möglichst wirksame Betätigung aller genossenschaftsgegenständlichen Bestrebungen möglich machen. — Das ökonomische Interesse, das die Konsumgenossenschaften und ihre Verbände vertreten und in der Volkswirtschaft durchzusetzen bemüht sind, ist unbestritten das Interesse der Konsumenten. Da aber nicht nur eine Klasse der Gesellschaft, sondern alle Klassen aus Konsumenten bestehen, so ist das Konsumenteninteresse tatsächlich das allgemeine gemeinsame Interesse aller Glieder der Gesellschaft. Mit anderen Worten: als Konsumenten sind alle Klassen, ja alle Völker solidarisch; als Konsumenten haben die Menschen keine sich streitenden Interessen, und deshalb haben sie auch keine Veranlassung, gegen einander Konkurrenz- und Klassenkämpfe und Völkerrisse zu führen. Das Konsumenteninteresse bildet die höhere Einheit, in der sich alle gegensätzlichen, sozialen und nationalen Interessen auflösen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung nun, deren ureigenster Zweck die Durchsetzung des Konsumenteninteresses in der Volks- und Weltwirtschaft ist, ist deshalb auch eine soziale und internationale Friedensbewegung; sie birgt nichts in sich, was zu Klassenkämpfen und Völkerrissen Veranlassung geben könnte. In dem Maße, als sie sich entwickelt, realisiert sie vielmehr das Ideal der Solidarität innerhalb der einzelnen Volksgemeinschaften und Staaten, wie auch in ihrem internationalen Verkehr mit einander. Die Konsumgenossenschaftsbewegung hilft die ökonomischen Voraussetzungen für eine soziale Kultur des Menschengeschlechts schaffen, die frei ist von dem menschenunwürdigen Kampfe des Menschen gegen den Menschen. Aber gerade deshalb können und dürfen wir sie nicht zu einer Waffe in den Partei-, Klassen- und Völkerrissen, die die gegenwärtige Gesellschaft erschüttern, umschmieden. Tun wir das, so nehmen wir ihr nicht nur das, was ihre große kulturgeschichtliche Bedeutung ausmacht, sondern tragen auch den Keim der Zerfetzung und inneren Zwistigkeiten in sie hinein. Redner warnt nochmals die Genossenschaften, sie nicht in Fragen und Angelegenheiten hineinzumischen, die ihre Lebensinteressen nicht berühren. Dagegen werde die Genossenschaftsbewegung um so weniger darauf verzichten können, sich in den Fragen der nationalen Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung Gehör zu verschaffen, je weiter sie fortschreite und je mehr speziell die Konsumgenossenschaftsverbände sich zu nationalen Organisationen der allgemeinen Konsumenteninteressen auswachsen. — Die genossenschaftliche Erziehungsarbeit müsse mit der Organisation des Konsums und der Produktion Hand in Hand gehen. Nur wenn die Genossenschaften in diesem Sinne sich entwickeln, wenn sie zu Pflegen sozialer Gesinnung und zu Anstalten sittlicher Charakterbildung werden, könne man mit Zuversicht darauf rechnen, daß wir nicht an einem babylonischen Turm, sondern an den Fundamenten einer neuen Zeit, einer veredelten Kultur bauen helfen.

Hinter den Kulissen des Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter.

In keinem Gewerbe wird wohl der Kampf mit den gegnerischen Gewerkschaften so heftig geführt, wie im Berggewerbe. Nirgends werden aber auch von der gegnerischen Gewerkschaft die unfairsten Mittel so skrupellos im Kampfe gegen unsere Gewerkschaft gebraucht, wie vom Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter.

Bei den Knappschaftswahlen im Jahre 1904 sollte das bekannte 80000-Mk.-Flugblatt die Niederlage des Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins verschuldet haben. Es wurde von der Leitung des alten Verbandes festgestellt, daß sie mit dem Flugblatt nichts zu tun hatte und sich alle Mühe gab, um dessen Verbreitung zu verhindern. Wer und was die Niederlage des Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins bei den Knappschaftswahlen 1904 verschuldet hat, darüber gibt ein jetzt bekannt gewordenes Protokoll einer Geheimkonferenz treffliche Auskunft.

In dieser Konferenz, die am 24. Juni 1905 anlässlich der Generalversammlung des Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins in Oberhausen stattfand, ist ausgeprochen worden, daß diese Niederlage des christlichen Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins verschuldet wurde durch die wüsten Beschimpfungen auf den Bergarbeiterverband durch Brust und den „Bergknappen“, durch die christlichen Flugblätter, wie sie vor den Knappschaftswahlen im Jahre 1904 gegen den Verband herausgegeben wurden!! Christliche Redner führten auf dieser Konferenz aus, daß Brust Flugblätter losgelassen hat, die den Namen Schandflugblätter verdienen, daß ferner die Brustschen Flugblätter dem Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins verschuldet wurden und daß weiter der Inhalt der Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins Flugblätter ein solcher war, daß man Brust nicht mehr für geistig normal, für verantwortlich erklärte! Einer der Konferenzteilnehmer teilte mit, daß die christlichen Journalisten sich geweigert hätten, das Flugblatt zu verbreiten. Ein anderer Delegierter erklärte: Meine Knochen sind mir lieber wie Brust seine Flugblätter. Sie haben den Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins furchtbar geschädigt. — Schon längst hätte man seine (Brusts) Entfernung vor sich gehen lassen müssen.

Der heutige Vorsitzende Köster erklärte, daß Brust den Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins wohl als ein Zuchtthaus angesehen habe! Weiter hieß es, Brust müsse absolut aus dem Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins entfernt werden mit oder ohne Pension. Und doch hat, wie sich in der Konferenz herausstellte, Brust nur im Auftrage „hoher Herren“ 1903 so gegen den Verband gewütet!

Ein Redner konnte unter Zustimmung der Anwesenden sagen, daß die Art und Weise, wie Brust im „Bergknappen“ und in Flugblättern geschrieben hat, die Niederlage des Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins verschuldet. Brust habe in einer Vorstandssitzung gesagt:

„Es ist mir von einigen hohen Herren gesagt worden, es würde noch nicht scharf genug geschrieben. Es müßte noch schärfer geschrieben werden!“

Äußerst bezeichnend aber ist, daß während der Konferenz nicht ein einziges Wort von dem 80000-Mark-Flugblatt fiel! Also glaubte doch niemand an diesen Spieß, der aber öffentlich um so stärker gegen den Verband ausgenutzt wurde. Ein Ausschußmitglied konnte sagen: „Brust und Anstand sind zweierlei Dinge, welche nicht übereinkommen. Die Wahlenwahlen müssen dieses bestätigen. Seine Schandartikel konnte er auch nicht anders unterbringen. Die „Tremontia“ nahm sie auf.“

Und so ging in der Diskussion weiter. Hagelbicht fielen die Siebe auf Brust wegen seiner Kampfesart, die als für den Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins schädigend angesehen wurde und vor der man sich durch einen Vertrag mit ihm: daß die ihm gewährte Pension falle, wenn er gegen den Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter vereins arbeite, schreibe und miniere, schützen wollte. Die Pension und deren Höhe war vielfach Gegenstand der Erörterung. Giesberts fand sodann einige entsetzliche Worte für Brusts Verhalten; er könne sein Vorgehen nicht billigen, die christliche Bewegung sei es ihm aber schuldig, ihn nicht fallen zu lassen, es sei ein eigentümliches Geschick, das ihn ereilt habe. Auch Gjerdt, der mit Brust „wie Rahe und Hund“ gelebt und deshalb seine Stellung gekündigt hatte, forderte Mitleid für ihn, verurteilte jedoch ebenfalls sein Auftreten, besonders auch als Landtagsabgeordneter.

So steht's hinter dem Theater aus. Vor den Kulissen wird dem christlichen Publikum und den Gassen unserer Gewerkschaftschriftlichen Bergarbeiter ein anderes Stückchen aufgeführt. Da wird in tragischer Pose von der Niedertracht des alten Verbandes deklamiert, der mit Verleumdungen und Verdächtigungen die christlichen Führer bezichtigte, im Interesse hoher

Unter dem Äquator.

Javanisches Stettenbild von Friedrich Gerstäcker.

88. Fortsetzung.

Hedwig hatte das schon unterwegs und in Wandong, aber noch nie so stark bemerkt, als seit sie unter dem Schutz und zugleich der Würde jener vier braunen Polizeitruener reisten, und wenn irgend etwas imstande gewesen wäre, ihr den Genuß der wundervollen Szenerie zu verbittern, wäre es eben nur dies gewesen. Vollkommen gleichgültig sahen indes die schon seit langen Jahren daran gewöhnten Europäer diesen demütigen Gruß der Eingeborenen, die schon mit abgezogenem Hut stehen blieben, bis die weißen Kumans außer Sicht waren. Der Gruß war nicht allein etwas vollkommen Alltägliches, sondern der Eingeborene mußte sogar dem Europäer diese Ehrfurcht erweisen, wenn er nicht in Strafe fallen wollte. Es lohnte deshalb auch gar nicht einmal der Mühe, nur dafür zu danken.

So wenigstens betrachteten Lochhaart und Wagner in der ersten Carreta diese flehte ihnen bezeugende Demut. — so sah sie Minneber und Mervrouw van Straaten an. Nur die Kathrine freute sich über die „höflichen Menschen“, wie sie dieselben nannte, verglich sie im Geiste mit Erinnerungen, die sie von Sachsenhausen mitgebracht hatte und die nicht gerade zugunsten der Sachsenhäuser ausfielen und dankte jedesmal auf das verbindlichste — sehr zur stillen Freude van Straatens, wie zum unbegrenzten Erstaunen der Eingeborenen selber, die noch nie eine derartig freundliche und zugleich so sonderbar aussehende Weiße gesehen hatten.

Im dritten Wagen sahen, wie schon vorher erwähnt, Salomon Holdebreit und Herr Everard Joost; der Geistliche war allerdings nicht mit dieser Gesellschaft einverstanden, hatte sie aber doch endlich geduldet, da er eben keine andere bekommen konnte. Auf seinen dringenden Wunsch, sich der Gesellschaft anzuschließen zu dürfen, stellte ihm nämlich Lochhaart nur die einzige Alternative, entweder selber einen Wagen zu mieten (was sehr viel Geld kostete), oder für kurze Zeit Herrn Joosts Nachbarschaft zu ertragen.

„Und ich sehe auch nicht ein, weshalb Sie sich weigern wollten,“ setzte er hinzu; „denn da Sie vorher so eng befreundet mit diesem Herrn waren, brauchen Sie sich jetzt auch nicht so zu genieren.“

„Aber ich wußte damals nicht, daß er —“
„Anderer Menschen betrogen hätte?“ — Sie haben ganz recht; das war der alleinige Unterschied. Sie wußten es eben nicht, und das ist unsere Entschuldigung immer, wenn wir mit Fremden verkehren. Wir wissen eben nicht wer und was sie sind und bekümmern uns auch nicht viel darum. Reiner zum Beispiel von uns allen kennt Sie und Ihre Vergangenheit hier; Sie können ebenso gut der edelste Mensch, wie der nichtswürdigste Salunte sein.“

„Aber als Besslicher —“
„Bah — Torheit — where is the difference? Machen Sie jedoch was Sie wollen; fahren Sie mit oder bleiben Sie hier!“ Und damit drehte sich der alte Herr von ihm ab. Salomon Holdebreit war aber fest entschlossen, mitzufahren, und ließ sich deshalb selbst Herrn Joost gefallen, über den er mehr gehört hatte, als ihm lieb war und neben dem er jetzt durch die wunderlichsche Landschaft in die Berge hineinrollte. Beide Reisegefährten waren aber, besonders beim Anfang, nicht sehr zum Reden aufgeleitet; doch würde man Joost unrecht getan haben, wenn man geglaubt hätte, das Bemühtsein, von Herrn Salomon Holdebreit erkannt zu sein, trüge die geringste Schuld dabei. Wenn sich seiner Meinung nach, jemand zu schämen hatte, daß er überlistet sei, so war es eben der Geistliche, und der Mann ihm überhaupt zu fremd und gleichgültig, sich weiter um ihn zu bekümmern. Nein, seine Hauptsorge lag tiefer und zwar darin, ob er den schlauen Klapa auch wirklich überlisten könne oder nicht — in welcher letzteren Falle sich denn auch dieser eiserne Lochhaart an kein Versprechen gebunden hielt. Diesen Klapa kannte Herr Joost aber viel zu genau, um nicht mit Recht an einem sichern Erfolg zu zweifeln, und doch hing seine eigene Freiheit davon ab. Wenn man Herrn Joost freilich so bequem, und allem Anschein nach kaum beachtet, in dem Wagen sitzen, oft auch, wo der Weg steil anging, aussteigen und daneben hergehen sah, hätte man denken sollen, er sei schon jetzt frei und nichts könne ihn daran verhindern, zu jeder ihm beliebigen Zeit in den Urwald zu fliehen, wo eine Verfolgung unmöglich gewesen wäre. Herr Joost wußte aber leider nur zu gut, wie der Urwald im Innern aussah und daß er dort sein Leben nie und nimmer hätte auf die Länge der Zeit fristen können. — Schlangen und Tiger noch nicht einmal gerechnet; die er mehr fürchtete, als er eingestehen mochte.

Nicht um alle Freiheit der Welt hätte er deshalb auch

nur eine einzige Nacht im Wald allein zubringen mögen, denn in seinem dunkeln Schattens lagerten Tausende von Schrecken für ihn. Selbst in einer Hütte der Eingeborenen hätte er sich nur so lange halten können, als sein mitgenommenes Geld reichte, um die Leute damit zu bestechen, denn welches Interesse nahmen diese wohl an einem Europäer, um sich womöglich die Strafe des Residenten, den Zorn ihres eigenen Regenten oder Häuptlings über den Hals zu ziehen, irgend einen schlechten Weißen zu verbergen? Nein, mit solchen Gedanken an Flucht hätte sich vielleicht ein Neuling herumtragen können; Herr Joost kannte aber das Land und seine Sitten und Bewohner zu genau, um für ein derartiges Wagnis auch nur den Plan zu machen. Er wußte ja doch, daß er ihn nicht hätte ausführen können. — Das einzige, an was er dachte, war Klapa und dessen Überlistung, und jeden Javanen, der bei ihrem Wagen stehen blieb und demütig den Bambushut zog, blickte er rasch und scharf von der Seite an, als ob er fürchtete, Klapa könne unter ihnen sein und müsse ihm dann seine verräterischen Absichten an der Stirn lesen.

Sein häufiges Hinüberblicken nach den Grübenden brachte endlich Salomon Holdebreit zu der Vermutung, Herr Joost mißbillige dies frechtliche Benehmen, ebenso wie er. Ließen sich doch die Weißen hier eine fast abgöttische Ehrfurcht erzeigen, und so durfte sich kein Mensch vor dem andern demütigen; es war dies eine Entheiligung des Ansehens, das nur vor Gott gerechtfertigt sein konnte. Herr Holdebreit dankte allerdings im Anfang jedesmal den Grübenden, während Herr Joost gedankenlos über sie hinaus in die Wipfel der Bäume starrte; endlich aber konnte er es nicht mehr über sich bringen, dazu zu schweigen — und er sagte, sich zu seinem Reisegefährten wendend:

„Das sollte nicht geduldet werden — es ist eine Entwürdigung des Menschen.“

„Was?“ fragte Herr Joost zerstreut.
„Dieses Verbeugen und Niederkaufen vor uns,“ fuhr Salomon Holdebreit fort. „Ich werde dem Herrn Residenten, sobald ich nach Wandong zurückkomme, geeignete Vorstellungen darüber machen, es jedenfalls zu verbieten, denn es läßt sich gar nicht mit der christlichen Religion vereinigen.“

Joost murmelte einige unverständliche Worte vor sich hin, an denen Herr Holdebreit nichts verlor, denn es waren eben keine Schmeicheleien für ihn. (Fortsetzung folgt.)

Verren zu agitieren. Dieser Verdacht kommt aber aus den eigenen Reihen der christlichen Vergarbeiter, und er findet doch seinen wohlbegründeten Nährboden in Bruns' eigenen Worten, der bekundete, daß ihm einige hohe Herren gesagt hätten, es würde noch nicht scharf genug geschrieben, es müsse noch schärfer geschrieben werden".

Doch Bruns ist besesselt, aber der Brunsche Geist, den die christlichen Vergarbeiter zum Tempel hinausjagen wollten, lebt in der Zeitung des Gewerkschafts fort. Hat die Stimmungsmache mit dem „Freund-Heinrich“-Brief jetzt nach den Sicherheitsmännerwahlen nicht so sehr Verwandtes mit der damaligen 80 000-Mk.-Geschichte? Was Bruns im Gewerkschaftsverein getan hat, und was damals überhaupt in der Zeitung getrieben wurde, genügt, um einen Redner auf dieser Geheimkonferenz sagen zu lassen, daß kein Mensch im Gewerkschaftsverein gebüht sein würde". Ist es heute auch noch so?

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Kapitel Leutenflucht auf dem Lande. Vor dem Schöffengericht in Lübeck a. hatte sich ein blaublütiger Rittergutsbesitzer Waldemar v. Czjostky auf Oberhewigsdorf wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Der auf dem Rittergut als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigte Arbeiter Günther hat für eine sechsköpfige Familie zu sorgen. Er verdient einen Stundenlohn von 15 Pf. Als ganz selbstverständlich ist es zu betrachten, wenn er den Inhaber seines Herrn ersucht, ihm eine Zulage von einigen Pfennigen pro Stunde zu geben. Der Inspektor vergaß das Anliegen des Arbeiters. Der Arbeiter war damit nicht einverstanden und nahm seine Entlassung, die er aber nicht bekommen konnte, weil sein Vertrag bis zum Herbst läuft. Er wandte sich an den Gemeindevorstand, der schließlich persönlich für ihn intervenierte.

Der Arbeiter trug seinem Herrn jetzt sein Anliegen selbst vor. Die Begründung seiner Forderung mit den teuren Lebensmittelpreisen regte aber die Herren des Gutes derart auf, daß er ihn aus dem Zimmer stieß, im Haus flur einen dicken Knüttel ergriff, damit Kopf und Rücken des Arbeiters bearbeitete und diesen dann zum Hoftor hinausstieß. Vor Gericht gab der edle Arbeitgeber an, den Arbeiter nur „ruhig“ hinausgeführt zu haben. Das Gericht glaubte ihm nicht und verurteilte ihn wegen Körperverletzung zu 50 Mk. Geldstrafe. Die Bildung des Angeklagten und seine Robheit fielen strafverschärfend ins Gewicht. Die Bildung des dreifachen Jünglers steht jedenfalls auf der Höhe der bewiesenen Robheit. Aber die Härte der Strafe wird er sich wohl keine grauen Haare wachsen lassen.

Auch ein Säugling von Rügen. Der Musketter Paul Jüngel war Bursche bei einem Hauptmann des Infanterieregiments Nr. 19 in Gdöll. In der Nacht zum 19. Juni d. J. als der Hauptmann verreist war, zog sich der Bursche die Uniform des Hauptmanns an, schnalzte den Säbel um, steckte die Sporen an und verließ gegen Mitternacht die Wohnung, um die Wachen und die Garnison-Arrestanstalt zu revidieren. Er klingelte die Wächter ab und ließ sich die Parole sagen und nahm Einsicht in die Wächterbücher. Durch Zivilpersonen, die den falschen Hauptmann kannten, kam die Angelegenheit ins Gerichte und auch zur Kenntnis des Regiments. Jüngel hatte sich nun vor dem Kriegsgericht in Glogau zu verantworten. Da er sich auch ohne Erlaubnis von der Truppe entfernt hatte, wurde er wegen dieses Delikts und wegen Tragen der Offiziersuniform zu 2 Monaten 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

3 Monate Gefängnis wegen Kohlenstehens. Wegen Kohlenstehens auf der umzäunten Zechenhalbe von „Unser Fritz“ wurde ein jugendlicher Arbeiter aus Herten, dessen Vater krank daniederliegt, von der Strafkammer in Bochum zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der

Jede war zwar kein Schaden entstanden, aber Strafe war sein. Die Strafgesetznovelle, die für solche Fälle Geldstrafen zuläßt, ist im Reichstag noch nicht in zweiter Lesung besonnen.

Das Ende eines Romans spielte sich am Dienstag in einer Verhandlung vor dem Landgericht München ab. Der zwanzigjährige Notariatsgehilfe Otto Brandenburg von Ludwigshafen a. Rh. hatte mit der dort beschäftigten 34 Jahre alten Kellnerin Charlotte Ziegler ein Verhältnis angeknüpft. Diese, die Ansprüche an das Leben stellte, kostete dem jungen, unerfahrenen Brandenburger viel Geld. Die Folge war die Unterschlagung von nach und nach 400 Mk. aus der Notariatskasse. Die vierzehn Jahre ältere Ziegler drängte zur Heirat. Aber das wachsende Dilemma schien den beiden immer unüberwindlicher. Die Ziegler überredete schließlich den willensschwachen Menschen dazu, gemeinsam zu sterben. Von Ludwigshafen fuhren sie nach Würzburg, wo beide am Grabe von Ziegler's Mutter ihr Leben enden wollten. Dort fanden sie nicht den Mut zur Tat. Sie fuhren dann nach Garmisch, sandten Abschiedsbriefe an Bekannte und Verwandte, Brandenburger sogar an seinen bisherigen Chef in Ludwigshafen, den Notar Hauber, ein „lehtes Andenken". Als beiden die Mittel ausgegangen, begaben sie sich an den Bodensee, und dort schob Brandenburger die Ziegler, die ihn gebeten hatte, ihr den Revolver dicht vor den geöffneten Mund zu halten, nieder. Sie war sofort tot. Als er sich selbst erschießen wollte, überkam ihn die Angst, er lief davon und stellte sich der Gendarmerie. Vor Gericht erzählte er die ausgestandenen Seelenqualen. Das Urteil lautete, entsprechend dem staatsanwältlichen Antrage, auf vier Jahre Gefängnis.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unzertrennlich

sind beide:

Die Hausfrau und Hansa-Backpulver!

Gratis: 1 Dose ff. Cakes für 50 Hansa-Bons.

Nährmittelfabrik „Hansa“, Hamburg.

Die Gratis-Cakesdosen können bei unserem dortigen Vertreter Hans Wilms, 1. Wallstraße 15, in Empfang genommen werden.

Achtung!

Öffentliche Versammlung aller am Bau beschäftigten Arbeiter

am Sonntag, dem 11. September, nachm. 2 Uhr bei Herrn Dieckelmann in Kücknitz.

Tages-Ordnung:

1. Warum bekämpfen wir die Akkordarbeit. Referent: Kollege Wilken.

2. Diskussion.

Das Erscheinen aller am Bau beschäftigten Arbeiter von Kücknitz und Umgegend erwartet Der Einberufer.

Deutsch-Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum Sommerfest der Metallarbeiter in Kücknitz

bestehend in Herren-, Damen- und Kindervergnügen u. nachfolgendem Ball am Sonntag, dem 11. September 1910

im Lokale des Herrn Dieckelmann.

Anfang 3 Uhr.

Eintritt 60 Pf., Damen frei.

NB. Die Lübecker Kollegen fahren um 2 1/2 Uhr ab Geibelplatz mit der elektrischen Bahn und werden um 3 1/2 Uhr von der Herrenbrücke unter Musikbegleitung nach dem Festlokale marschieren. Rückfahrt per Wagen frei!

Das Komitee.

Nur Gärstraße 83-85.

Eine große Partie pikanten Käse Fettkäse

Pfd. 30, 35, 40, 45, 50 Pf.

Eine Partie Schweizer Käse

Pfd. 80 und 85 Pf.

Das Allerfeinste in Holländer

und Schweizer Käse zu den billigsten Preisen.

Gedr. Oldekop

Käse-Größhandlung.

Telefon 1679.

Stadthallen - Theater.

Sonnabend 8 Uhr. Außer Ab.

Lezte vollst. Vorstellung.

Loge u. 1. Parquet 75 Pf., die

übrigen Plätze 50 Pf.

Gastspiel Hans Heimitz Koch.

N o r a

oder: Ein Puppenheim.

Sonntag: Schluß der Spielzeit.

Große Doppel-Vorstellung.

Im weißen Rößl.

Als ich wiederkam.

2 Lustspiele von Blumenthal und Kadelburg.

Holsten - Automat

G. m. b. H. Holstenstr. 14.

Warme und kalte Speisen.

Feinste belegte Brötchen 10 Pf.

Helles und dunkles Bier 10 Pf.

Fremden und hiesigem Publikum

gestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt Otto Albers Kohlmarkt

4. Otto Albers 10.

3 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.

Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.

Rote Lubeca-Marken.

Auf Kredit

aller Art Möbel

Mit 15 Mk. Anzahlung

1 Zimmer und Küche

so wie Anzüge

Mit 30 Mk. Anzahlung

2 Zimmer und Küche

und Damengarder.

Mit 50 Mk. Anzahlung

3 Zimmer und Küche

H. Kesten Holstenstr. 17¹

Tadellose Qualität!

Wir verkaufen:

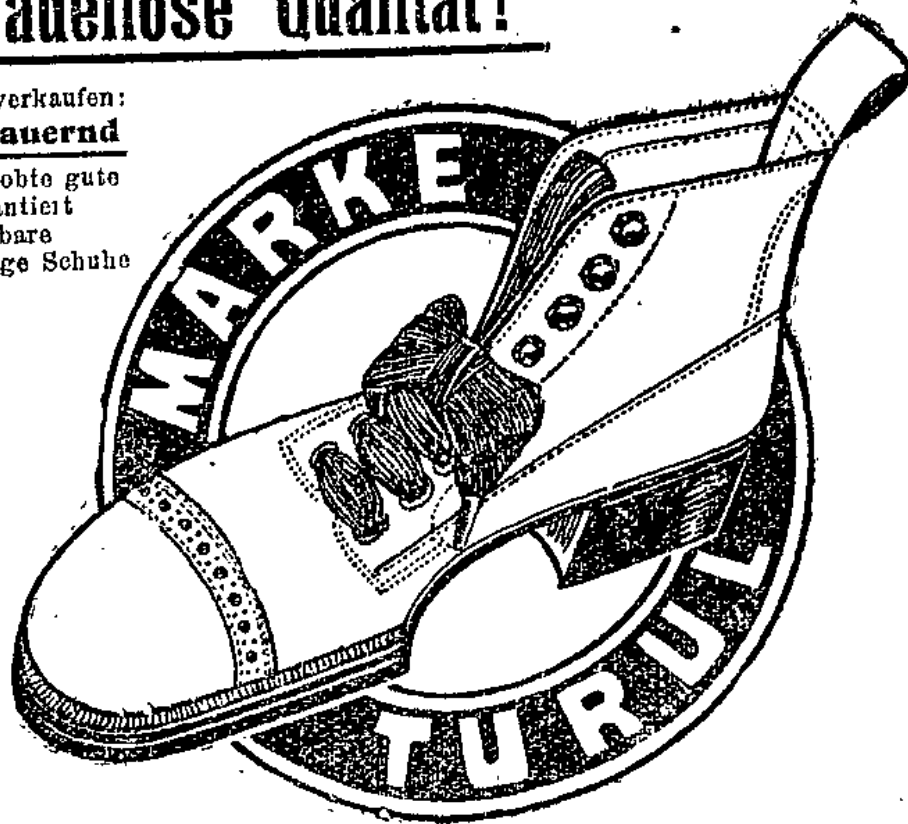
andauernd

erprobte gute

gaunant

haltbare

billige Schuhe



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel: 7²⁵/_M

Spezialmarke

Original

Goodyear Welt 9⁵⁰/_M

TURUL-SCHUHFABRIK:

ALFRED FRÄNKEL COM.-GES.

Verkaufsstelle:

Lübeck, Breitestr. 49.

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten.



Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tier-reich überragt, so überragen die Pflanzen-fette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmöl und Palmolein tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen, Palmöl zum Kochen, Braten und Backen, Palmolein als Brotaufstrich.